

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abohnenkostenpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungskosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schimpers; Druck: H. Hanemann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wimelhäuser Straße 38–42. Telefon-Nr. 88 u. 89. Teleg.-Nr.: Alverband Bochum.

### Zur Machfrage zwischen Arbeitgebern und Arbeitern im Bergbau.

Die „Technischen Blätter“, eine Wochenbeilage der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ (vom 31. August), enthalten unter obiger Überschrift eine längere Abhandlung aus der Feder des königlichen Bergwerksdirektors Dr. Herbig. Saarbrücken. Herbig hat sich schon früher vielfach mit der Arbeiterfrage im Bergbau beschäftigt und man muss sagen, dass seine Ausführungen — man könnte zu ihnen stehen, wie man wollte — immer viel Beweise wert waren an sich hatten. Die Gründlichkeit, mit der er z. B. vor mehreren Jahren die Frage der Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitern im Bergbau behandelte, wirkte im Gegensatz zu den diesbezüglichen Abhandlungen anderer Autoren geradezu wohltuend. Wenn er auch aus technischen, wie aus arbeiterorganisatorischen und anderen Rücksichten heraus sich der Einführung von Tarifverträgen im Bergbau skeptisch gegenüberstellt. Seine Sachlichkeit aber, mit der er diese Frage behandelte, bleibt unbestritten.

Sachlich behandelt er auch das genannte Thema. Herbig meint, dass die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber nicht immer auseinandergehen. So hätten beide ein Interesse an der Verbesserung der Rentabilität der Werke, allerdings darf sie nicht unmittelbar oder mittelbar auf Kosten der Arbeiter gehen. Ein typisches Beispiel solcher Interessengleichheit sei der von den Bergwerksbesitzern und den Bergleuten des niedersächsischen Bezirks Schulter an Schulter geführte Kampf um günstige Eisenbahntarife gewesen. Die Bergarbeiter unterstützen in der Hauptfahrt die billigen Tarife, um den Einwand der Bergwerksbesitzer aus dem Wege zu räumen, dass der gegenwärtige Zustand der teureren Tarife auf die Löhne drücke. Herbig führt weitere Beispiele für die hier und dort auftretende Interessengemeinschaft der Werksbesitzer und Arbeiter an. Dann sagt er:

„Wer trotzdem sozialpolitische Gedankengänge bei den Unternehmern und wirtschaftliche Erkenntnis bei den Arbeitern die beiden Parteien in manchen Fragen näher bringen, bleibt doch noch ein großer Spielraum für Interessenkonflikte, um die der Kampf mit unvermindelter Hartnäckigkeit geführt wird. Die Schärfe des Kampfes und der Kraftaufwand haben sogar zugenommen, gerade wie trotz der Neigung der großen Kulturnationen zu einer Politik der Versöhnung die Kriege weiter aufhören, noch an Heftigkeit abnehmen, sondern im Gegenteil für den unterliegenden Teil sich gefährlicher gestalten und deshalb mit dem äußersten Aufgebot aller Kräfte geführt werden. Man muss also damit rechnen, dass für alle absehbare Zeit zwischen Unternehmern und Arbeitern trotz mannigfacher Interessenübereinstimmung doch in vielen Fragen, besonders auf dem Gebiete des Lohnwesens und des Arbeiterschutzes (im weitesten Sinne) Kampfzustand herrschen wird. Je weiter die wirtschaftliche Entwicklung auf ihrer jetzigen Bahn forschreitet, je mehr dadurch der in diesem Kampf stehende Prozess der Bevölkerung anwächst, um so stärker wird die ganze Volkswirtschaft von diesen Kämpfen berührt, um so größer wird die Teilnahme der Allgemeinheit an den Gründen und Zielen, an den Vorbereitungen, dem Verlauf und den Folgen dieser Kämpfe.“

Herbig stellt nicht nur die hier und da zutage tretende Interessengemeinschaft, sondern auch die Interessenkonflikte bzw. den Kampfzustand zwischen Kapital und Arbeit fest und er führt auch hier eine Reihe von Fällen an, wo und warum sich die Bergwerksbesitzer den Forderungen der Arbeiter widersetzen. Gleich ist unseres Erachtens eine später ausgesprochene Ansicht, dass die Unternehmer wegen der Forderungen der Arbeiter sich seit Jahren in einer Verteidigungstellung befänden. Richtig ist, dass die Unternehmer im Bergbau die Vermittelung, die Befriedung und die Bewertung der Arbeitskräfte noch allein beeinflussen, dass sie sich hierbei gar nicht von den Arbeitern und ihren Organisationen hineinreden lassen, so dass mehr von einer Verteidigung der Arbeiter gegen die Willkür der Werksbesitzer geprahnt werden müsste. Die Schuld für den Kriegszustand im Bergbau lastet auf den Werksbesitzern, die für sich das Herrenrecht proklamiert haben und dieses Herrenrecht rigoros genug ausüben. Schon die Fragen, um die sich der Streit zwischen Arbeitern und Arbeitgebern dreht, und die auch Herbig oben (siehe Zitat) und im weiteren näher kennzeichnet, zeigen an, dass die Arbeiter sich in der Abwehrstellung befinden. Sie suchen ihre Arbeitskraft, ihre Sicherheit, ihr Leben zu schützen, das ist Abwehr, kein Angriff!

Wenn Herbig dann weiter sagt, dass die Unternehmer sich gegen die Forderungen der Arbeiter wehren, weil sie in deren Bewilligung eine Verteuerung der von den Arbeitern geleisteten Arbeit seien, so mag das nur in sehr beschränktem Maße seine Berechtigung haben. Wie die Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung des Bergbaus zeigt, haben die Unternehmer mit Hinweis auf die Verteuerung der Fertigungs-, bzw. Produktionskosten nicht nur die Forderungen der Arbeiter stets zurückgewiesen, sondern auch die gesetzlichen Maßnahmen zugunsten der letzteren. Die Versicherungsbeiträge, die Kosten der gesetzlichen Schutzmaßnahmen, selbst Lohnerhöhungen haben aber für die Werksbesitzer bisher keinen finanziellen Schaden mit sich gebracht, da sie es ermöglichen konnten, alle diese Ausgaben durch die Preispolitik, durch technische Neuerungen usw. auszugleichen. Die Ausgaben für die Arbeiter sind größer geworden, das ist zuzugeben, die Gewinne der Grubenbesitzer sind noch mehr gestiegen, also hat das finanzielle Mittel zugunsten der Arbeiter die Unternehmer nicht so belastet, wie man sich nach draußen hin den Kindern gibt. Herbig muss selbst zugeben, dass vielfach ein Streit um Forderungen tobte, die nicht zu einer Verteuerung der Arbeitskräfte führen, so der Streit um Durchführung solcher Schutzmaßregeln, die im Interesse der Arbeiter und des Werkes abgleichen liegen. Kosten entstanden für die Werksbesitzer auch nicht, wenn sie eine gerechte Gedinge- und Lohnfestsetzung im Bergbau vornehmen, wenn die Arbeiterbehandlung eine bessere und wenn den Arbeitern ein Einfluss auf den Arbeitsnachschub eingeräumt würde und, worauf auch Herbig exemplifiziert, die Grubenbesitzer die Arbeiterorganisationen als verhandlungsfähige Vertreter der Arbeiter anerkennen würden.

Zimmerhin, es ist schon viel, wenn Herbig, der im Dienste des Bergbaues steht, so klar sieht, dass er Streitfragen im Berg-

bau feststellt, die sich ohne Kostenaufwand beseitigen lassen. Wenn diese Streitfragen noch bestehen, an den Arbeitern liegt es nicht.

Herbig geht dann auf die Machtverteilung in dem Kampf zwischen Arbeiter und Werksbesitzer ein und berührt hier eine ganze Reihe Fragen, die entweder zugunsten der Arbeiter oder der Unternehmer sprechen. Vieles, was er anführt, ist richtig, manches falsch, oder es bedarf der näheren Erklärung. Uns interessieren hier hauptsächlich die Feststellungen, die er macht, um die günstige oder ungünstige Lage der Arbeiter den Unternehmern gegenüber zu beleuchten. Er sagt, dass die Arbeiter bei Konjunkturschwankungen im Bergbau den Unternehmern gegenüber im Vorteil sind. In wirtschaftlich guten Zeiten steigt dieses Stärkeverhältnis der Arbeiter, in schlechteren Seiten senkt sich die Wage zu ungünstigen der Arbeiter; aber da die Grundtendenz im Bergbau trotz zeitweiliger wirtschaftlicher Rückschläge seit Jahrzehnten eine steigende ist, sind die Unternehmern verhindert, die vergroßerte Unternehmernacht bei wirtschaftlich schlechten Konjunkturen den Arbeitern gegenüber auszuspielen zu lassen. Die Unternehmern müssen an den Arbeiterbedarf bei günstigen Konjunkturen denken, das hält sie an, ihre Macht die Arbeiter fühlen zu lassen. Angebot und Nachfrage spielen überhaupt bei der Verteilung der Machtverhältnisse eine große Rolle. Zugunsten der Arbeiter spräche auch die Unhäufung der Arbeiterschaft in eng begrenzten Bezirken. Der Begriff Bergarbeiterchaft sei in vielen Bezirken gleichbedeutend mit dem Begriff Bevölkerung. Es geht durch einen solchen Bezirk ein gewisses Solidaritätsgefühl, das im Falle eines Streits sich nicht nur auf viele Unorganisierte, sondern über die Belegschaft hinaus auf alle die Gewerbetreibenden ausdehnt, die von den Bergleuten leben. Es bildet sich zugunsten der Arbeiter eine öffentliche Meinung, die, wie die Dinge nun einmal liegen, meist auf Seiten der Arbeiter ist.

„Größeren Einfluss noch als auf das unmittelbare Ergebnis eines Lohnkampfes hat die öffentliche Meinung zugunsten der Arbeiterschaft auf politischem Gebiet. In der Gesetzgebung geht seit Jahrzehnten eine Entwicklung vor sich, die das Kräfteverhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter zugunsten des letzteren verschoben. Den Unternehmern, die dabei die Gebunden sind, ist das Tempo dieser sozialpolitisch orientierten Gesetzgebung zu rasch, den Arbeitern, also den Nehmenden, zu langsam. Beide Parteien haben natürlich das Bestreben, einen möglich großen und unmittelbaren Einfluss auf die Gesetzgebung zu bekommen, d. h. Abgeordnetenmandate zu gewinnen oder doch Abgeordnete auf ihre Interessen festzulegen. Dabei sind die Arbeiter infolge ihrer Masse weit aus die stärkeren, besonders beim Reichstagwahlrecht. Den Bergarbeitern kommt auch hier wieder zugute, dass sie infolge der Konzentration des Bergbaus ganze Wahlkreise beherrschen, das sie also in seinem Wahlkampf unberücksichtigt gelassen werden dürfen. Sie können deshalb einer kräftigen Interessenvertretung in den Parlamenten sicher sein. Dazu trägt auch noch der Umstand bei, dass ein Ausstand im Steinkohlenbergbau wegen seiner Rückwirkung auf alle anderen Industrien das öffentliche Interesse im hohen Maße erregt und dass auch die unvermeidlichen Massenunfälle des Bergbaus eine starke Wirkung ausüben. Alles dies gibt, zusammengekommen, den Bergarbeitern einen ganz erheblichen Einfluss auf die Gesetzgebung, der auch in den verschieden Novellen zum preußischen Berggesetz deutlich zum Ausdruck kommt. Die am weitesten vorgeschobenen Posten im Kampf um die Arbeitsbedingungen hat die Arbeiterschaft in Deutschland zurzeit auf bergbaulichem Gebiete stehen: die unlösbareren Sicherheitsmänner und im Kalibergbau den gesetzlichen Zwang für den Bergwerksbesitzer, entweder Mindestdurchschnittslöhne zu gewähren oder Tarifverträge abzuschließen. In der gesetzgeberischen Beeinflussung des Arbeitsverhältnisses liegt die Machtfrage zwischen Arbeitern und Unternehmern also sehr zugunsten der Arbeiter.“

Das Stärkeverhältnis wird, wie Herbig im weiteren ausführt, dadurch zu ungünstiger für den Arbeiter verschoben, als der geschlossenen Unternehmernacht schwächere Organisationen der Arbeiter gegenüberstehen, nur ein Bruchteil der Bergarbeiter ist organisiert. Die Arbeiterschaften, die aus Ländern mit geringer Kulturfähigkeit in die Bergreviere strömen, seien noch nicht reif für den gewerkschaftlichen Gedanken, ein Eingeständnis, das zeigt, dass der Gewerkschaftsgedanke von einer kulturell höher stehenden Arbeiterschaft am besten aufgenommen wird. Sehr interessant ist der weitere Hinweis Herbigs, dass auf die Organisationen der Arbeiter, sowie auf das Machtverhältnis überhaupt, vorwiegend katholische Belegschaften einen Einfluss ausüben. Herbig gibt hierfür keine nähere Erklärung, aber jedenfalls meint er, dass die katholische Erziehung dem Gewerkschaftsgedanken und dem Kampf der Arbeiter nicht förderlich ist. Eine Tatsache, die ihm der Eingeweihte nicht ableisten wird. Da der Besitz eines Häuschen den Bergarbeiter näher beobachten, dann müsste er zu einer anderen Überzeugung gelangen. Die Bergarbeiterorganisationen haben in den lebhaften Belegschaften des engeren Ruhrtales und auch darüber hinaus gute, wenn nicht gar die besten Stützpunkte. Recht charakteristisch ist, dass Herbig, der Bergwerksdirektor, den Mangel einer einheitlichen Organisation der Bergarbeiter hervorhebt. Die Unternehmer ständen geschlossen da, die Arbeiter hätten sich in eine Reihe Organisationen zerstreut. Diese Zerstreutheit wirkt ungünstig auf die Werksamkeit der Organisationen ein; ein Teil der gewerkschaftlichen Tätigkeit erschöpft sich in der gegenseitigen Bekämpfung der Verbände. Die wirtschaftliche Einsicht des Werksbesitzers im Bergbau sei größer, als die der Bergarbeiter, was mit sich brachte, dass auch hier das Machtverhältnis sich stark zugunsten der Unternehmer verschiebe.

Es ist nicht das erste Mal, dass Herbig auf diesen Mangel in der Bergarbeiterbewegung hinweist, schon in seinen Tarifattisteln hat er die Frage der Zerstreutheit der Bergarbeiterorganisationen angeschnitten und sie mit dafür verantwortlich gemacht, dass die Arbeitssätze im Bergbau nicht einzuführen sind. Wenn auch diese Auffassung Herbig's nur bedingt richtig ist, hat er doch recht darin, dass die Zerstreutheit der Bergarbeiterorganisationen wie die ungeheure Zahl der Unorganisierten das Machtverhältnis der Arbeiter sehr schwächt, dagegen den Bergwerksbesitzern das Rückgrat steift. Aus dieser Erklärung Herbig's ganz besonders könnten die Bergarbeiter vieles lernen.

### Nach dem „Frieden“ von Mes.

Sieben Jahre lang war es der Kölner Kirche gelungen, sowohl die Osterdienstagsleute um Roer und Bitter, Dr. Kaufmann und Schopen und Genossen als auch die Berliner, Breslauer und Trierer „Integralisten“ vom Katholikentag fernzuhalten und ihnen das öffentliche Wort vor ihren Glaubensgenossen zu verbieten. Das geschah mit allen Mitteln diplomatischer Hinterlist, der Täuschung und Unschärzung und Unterminierung nüchterniger Verbindlichkeiten. Kardinal Hubert Anton Fischer, theologisch ein so beschränkter Kopf wie der leste Kaplan im ärmltesten Eifeldorf, gefiel sich in der Rolle, die Gegner und Widersacher des „katholischen Weltbaus“ Gebrüder J. P. Bachem als seine und der Kirche Feinde zu behandeln und als Chef des Clerus in der größten Diözese der Christenheit seine schwere Hand auf alle zu legen, die ihm von den Handlangern und Gutreibern der Firma J. P. Bachem denunziert wurden. Es war Dr. Kaufmann aus Bochum, welcher erstmals der baptistischen Welt Deutschlands darüber klaren Wein einschenkte, dass die famose „Rappresentanza Roma: Bocca di Leone“ („Im Löwenrachen!“) getreu dem offenen Löwenmaul des States der Bahn in Benedikt die abschreckendste Spiegelung und Angabe wirtschaftliche Treue, aber nicht der mindesten Beziehungen zu der Romischen Kurie sich erfreue. —

Diese Parteidiktatur, aufgebaut auf den realen Mitteln des Hochens und Verleumdens, des Lugs und Trugs, des diplomatischen „Bluffs“ und des heimlichen Zusammendarbeitens mit den politischen Machthabern, mit dem Großkapital und der Schwerindustrie und den Grubenbaronen ist über Nacht zusammengeschlagen. Während die Giesberts, Stegerwald, Mühlberg, Kuhnen, Rüpp und Genossen gegen die Ausheuter donnerten und voll „heiligen Eifers“ für die gerechte Sache, für „Gleichberechtigung“ der geknechteten Arbeiter mit den anderen Ständen anzutreten vorgaben, erschien gegen Ende der 1920er ein eleganter Justizrat im Gehrock und Blazer im verschwiegenen Privatkontor der „schwarzen“ Industriekapitäne und brachte den Handel des drohenden Streiks, der Aussperrung, der Vernichtung der Sozialdemokratie mit vereinten Kräften und im Namen der heiligen Religion und die Verschächerung der Reichstagswahlkreise in aller Stille ins Neue zu fulanten Bedingungen.

Der Herr Erzbischof Hubert Anton Fischer trug persönlich anderthalb Millionen Franks in den Vatikan nach Rom — und gleichzeitig trugen ihrerseits die demagogischen Spähmacher zur Eingelung der katholischen Arbeiterschaft die dicken Wachskerzen bei der heiligen Frontleichnamsprozession spazieren.

Dieses Gaukelspiel ist am Ende, aus und über.

Die ausdrückliche Herrschaft der Köln-Gladbacher Agitatorschule mit ihrer ähnlichen Filiale in Essen war ideell schon seit dem 24. September 1912 mit der päpstlichen Enzyklika „Singularia quadam“ gebrochen.

Alle Anstrengungen der Christenführer und ihrer Protektoren im Bachemhaus gingen leider dahin, wenige Stunden den anderen Scheinen der Gleichberechtigung für die partitischen Gewerkschaften im Ruhrbecken, links des Rheins und in Bayern zu retten.

#### Sand in die Augen!

Zu diesem Schuh wandte sich die Kölner Parteiditung (Bachem und Trimborn, Marx und Dr. Beyer) nach Berlin. Die preußische Diplomatik in München und beim Heiligen Stuhl in Rom wurde bei der päpstlichen Regierung submissiv dahin vorstellig, dass „ihren“ interkonfessionellen Gewerkschaften im Bergbau einflussreich am Aussterben wenigstens „geduldet“ zu werden.

Nur geduldet — nicht öffentlich vor allem Volk als verächtlich Gewürm vertreten.

Das sollte durch einen autoritativen Ausspruch des Apostolischen Nuntius in München erfolgen — aus Barmherzigkeit.

Allein die römische Kurie blieb unerbittlich.

Die Lügenbeutelei des Generalsekretariats im Bachemblatt, dass seine Grüßen sich niemals unterworfen haben und die eile Renommiersucht, dass sie sich auch fünfzig Jahre niemals unterwerfen werden, trugen schlechte Früchte.

Der amtliche Vertreter des Papsttums in deutschen Landen, der Apostolische Nuntius Martin Frühwirth O. P. erhielt den telegraphischen Befehl, der 60. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands fernzubleiben.

Während dem Reichstagsabgeordneten Johann Giesbert von Essen ein starkes Wahlgeschloß vor sein Heldenmundwerk gelegt wurde, erhielten die Berliner erstmals Gelegenheit, ihre gute katholische Sache gegen die der Kleriker und Rebellen verdächtigen rheinländischen Gewerkschaften zu verteidigen. Den „Christen“ war um des lieben Friedens willen verboten worden zu reden und den „Integralisten“ war gleichzeitig heimlich die Aufforderung zugegangen, zur Förderung ihrer Sache eifrig und mit geeigneten Bungen zu reden.

Der Monch Willibald Benzler hat im Auftrag der Römischen Kurie die Sache gut gemacht und die sieben Geheimen Zentrumsjuristen, Advoaten und Land- und Oberlandesgerichtsräte und Direktoren furchtlos geleimt.

Die „Christen“ mussten den Schnabel halten und ließen in Mes verföhrt herum wie Hühner im Regen. —

Den Berlinern ward die große Clemenskirche als Versammlungsort eingeräumt, und dort sprach mit hölischer Gewandtheit vom Hauptstaatstaat aus Dr. Fleischer, der frühere Zentrumsabgeordnete, mit schneidendem Schärfe gegen den Köln-M. Gladbacher Flügel.

Gedreht dieser von den Bachemiten wie Gift gehaktete Dr. Fleischer verlas vor Arbeitern erstmals die richtige Überleitung des päpstlichen Stundschreibens, „das große Manifest Pius X.“ und führte gegen die General-Gewerkschaftsleitung“ der Interkonfessionellen in Köln den Stich ins Herz mit dem Auflagedwort: „Gerade diejenigen, welche meinen, mit einem wirtschaftlichen Mitteln einen Zustand der Gleichheit herzuführen, haben die Macht der Unternehmern gezeigt, sie aufgestachelt, grosse eigene Zusammenschlüsse sich zu schaffen.“

Jetzt und für die Interessen jener Männer ehrte er zug Erzbischof Hubert Anton Fischer unterhalb Millionen in den Balkan nach Rom, um die päpstliche Gewerkschaftsvereinigung, die im November 1910 erscheinen sollte, hinzunehmen und erst nach den Reichstagswahlen vom 18. Januar 1912 erscheinen zu lassen.

"Nach den Wahlen wird der Papst sprechen!" telegraphierte Dr. Stauffmann zu Wintersang 1911 an einen Freund.

Und schon am 1. Oktober 1912 heißt der intime Katholiken, Spectator alter, in der liberalen Münchener Monatschrift "Janus", alle Karten dieses verrückten Spieles auf, fünf Wochen vor der Bekanntgabe des päpstlichen Kundschreibens "Singulare".

Zehn Wochen später bestieg Bischof Felix Korum die Kanzel und warnt vor den "Verführern der Verführten". Der Domherr Dr. Stein aus Trier aber brandmarkt die "falsche Prophetie, die Lügner und Betrüger": nur der Weg der Berliner heißt der "Weg des Kreuzes". Und ein letztes Mal mahnt Korum: Wandelt nicht auf den Wegen, die an die auch weisen, sondern auf dem Wege, wie ihn der Papst als der Vater der Christenheit auch deutlich vorgezeichnet hat.

Der Präsident der Zentrumsfirmes, Fürst v. Löwenstein, gab der großen Schäferde auf Deutschlands großen Weide, daß sie von nun an Ruhé zu halten habe und verlor die Worte des römischen Oberhirten:

"Weil wir nun aber diese Angelegenheit an uns gezogen haben und das Urteil über sie, nach Anhören der Bischöfe uns zuwischen zu, so ergibt hiermit an alle gutgesinnten Katholiken Unsere Weisung, von nun an sich jedes Streites unter sich in dieser Sache zu enthalten."

Das ist der "Friede von Mesz", hieß es, aber sofort "interpretierten" die sogenannten "Interpreten" vom "katholischen Welt-Haus" zu Köln diese "Friedenspräliminarien" dahin, daß die Berliner "Quertreiber" nur "interkonfessionell" zu werden, das M. Gladbach "Christentum" anerkennen und für die Köln-M. Gladbach Richtung zu werben brauchten und der Friede sei gesichert. Würden die "Quertreiber" aber fortfahren, die "christlichen" Gewerkschaften anzugreifen, ihre Führer als minderwertige Katholiken zu verdächtigen, müßten diese sich zur Wehr setzen und könne von einem "Frieden von Mesz" nicht geredet werden. Die "christlichen" Gewerkschaftsführer, die dreist und frech die 4½ Millionen sozialdemokratischen Wähler, die 2½ Millionen freier Gewerkschaftler als Menschen ohne Religion beschimpfen und verleumden, behaupten ebenso frech, daß sie allein die richtige Religion besitzen und kein Papst, kein Dalai-Lama, noch Fürst Konstantin haben ihnen etwas zu verbieten und so erklären sie erneut mit dem bei ihnen gewohnten Phrasenbombard, daß sie bleiben, was sie sind — Stäuffer und Streifbrecher.

Die "Quertreiber" lassen sich weder von den "Interpreten" des "katholischen Welt-Hauses", noch von dem Phrasengelungel der Steigerwälzer beeinflussen, sondern fahren fort, im Sinne der Enzyklika zu agitieren. Die mit apostolischer Approbation in Trier erscheinenden "Betriebsblätter" schreiben in ihrer letzten Nummer zum "Frieden von Mesz":

"Der Streit über die Gewerkschaftsvereinigung muß und wird ruhen. Das ist klar! Selbstverständlich hat aber der Herr Präsident mit seiner Rede nicht sagen wollen, daß nun auch der Kampf für die Enzyklika, für die Verwirklichung dieses grundlegenden Schreibens des obersten Hirten ruhen müsse. Das ist ebenso klar! Zwei Dinge stehen durch die Enzyklika zweifels fest: Die christlichen Gewerkschaften sind unter gewissen Bedingungen zu dulden, die rein katholischen Vereinigungen sind aber auf jede Weise zu förderen. Und darum lehnen die "Betriebsblätter" die Auslegung der Kölner Volkszeitung rüdweg ab, wonach den christlichen Gewerkschaften die Werbearbeit ebenso erlaubt sei, wie den andern, und stößen also in die Kriegstrompe: Wie soll man nach dem Willen des Heiligen Vaters „auf jede Weise“ die rein katholischen Vereinigungen fördern, wenn die Kölner Richtung die klaren Weisungen des Papstes praktisch ignoriert? Gegen ein solches Vorgehen ist ein Kampf heilige Pflicht und zwar so lange, bis auch die Kölner Richtung praktisch die bestimmten Weisungen des Heiligen Stuhles respektiert."

### Tod den Sozialdemokraten!!!

Der strahlende Stern des Glücks leuchtete der Berufsvereinigung, der größten politischen Organisation auf unserem Planeten — leuchtete seit der Zeit, als Wojciech Maslawowski zu ihrem ersten Vorstand geworden wurde.

Wojciech war innerhalb der gesamten Menschheit ein ungewöhnliches Exemplar. Zu seinen persönlichen Vorfahren gehörte seine glänzende Rhetorik, seine erstaunliche Beweisführung und hinreißende Persönlichkeit. Seine Worte begeisterten jeden Zuhörer; einmal klangen sie süß und schmeichelnd wie Nachgalgenläng, dann wieder wie der brausende Orkan, wie dumpf donnernder Donner, besonders wenn er sich gegen seine Gegner, die Sozialdemokraten, wandte. Unter seiner Regierung entwickelte sich die Berufsvereinigung vorzüglich, denn er zählte viele der neuen Mitglieder hinauf, während er die austretenden niemals strich. Ebenso war das Vermögen ständig am Wachsen, denn zu Anfang des letzten Jahres zählte es 900 000 M., am Jahresende sogar 700 000 M.

Beweise genug, daß ihm das Glück auf Schritt und Tritt begleitete. Eine Sorge bedrückte aber seine engelreine Seele: er vermochte der roten Epidemie keine Schranken zu setzen, die besonders in Oberschlesien schon durchbare Verwüstungen anrichtete. Die "roten Brüder" vermehrten sich wie Kaninchen, alle angewandten Mittel waren erfolglos.

"Das geht mir wider den Strich", murmelte Wojciech, "diese Teufelsbrut muß aus Oberschlesien hinausgerächert werden!"

Wojciech bereitete zu diesem Zweck eine große Versammlung. Riesige Menschenmassen strömten herbei, mindestens 20000 Bergleute und andere Arbeiter waren anwesend. Die Versammlung fand unter freiem Himmel statt. Im großen Kreise warteten die Teilnehmer die sonst defizitäre Rednertribüne. Da erschien der Held des Tages. Wie mit einem Faustschlag wurde es still; man konnte die freudig bewegten Herzen hören, jedes Auge hing an der sehnsüchtigen und gespannenden Gestalt des berühmten Cicero. Indem er seinen bläulichen Ring zum schwanken ließ, entnahm er seiner Atemähre ein kleines Palet nationalpolitisches: "Klöster", "Ratolit", "Batuszki", "Morawskie" usw. — und gab also zu, rechen an:

"Freunde, Kämpferaden! Gute! Ich eure so zahlreiche Beteiligung! Wie ich sehe, wolgt ihr von mir zu wissen, wie wir die roten Zwischenmäuse aus Oberschlesien vertreiben können. Wie ihr schon weißt, hat in unserem katholischen Oberschlesien dieses rote Unrat der Teufel selbst gejagt. Bevor es so herlich ausgegrungen ist, hatten die Arbeiter keinen Schutz, sie waren von allem und jedem verlassen und ausgebettet, die Herren trieben sie zu langer Arbeit an und bezahlten sie mit Rupertenappen. Das waren schöne, herzliche Zeiten, denn die Arbeiter waren aufzufinden, es waren in Geduld triefen vor Frömmigkeit, opfereten der Kirche mit Freuden ihren Leibesfrug und nährten sich von Samenkraut, Kartoffeln und gefüllten Bröt. Die Kinder gingen eher ins Himmelreich ein, wurden kleine Engel und kamen keine Sünde, denn als Erwachsene kannten sie leicht der Verführung unterliegen und dem flammenden Beherrsch der Untertief zum Opfer fallen. Blödig erschienen in unserem gläubigen Lande die Sendboten des Salams, die Sozialdemokraten. Sie schauten den Leuten vor, daß jeder Mensch nicht nur zur Arbeit das Recht habe, sondern auch zum bequemen und sorgenfreien Leben. Nunmehr mehr Menschen ließen sich von ihren gleichenden Wörtern bilden und blenden, die lebensmüden Lehren dieser falschen Propheten fanden immer mehr Anhänger. Sie wollten ein Schlemmleben führen, trauten sich der Faulnis, den weißen Lehren auszufallen. Wer kennt ist, soll kennt nicht! Die Sozialdemokraten ignorieren aber diese herzlichen Worte unseres heiligen Apostels,

Das Unmögliche der "christlichen" Arbeiter durch unlautere Auslegungskünste, das tolle Manöver, wie der Reichstagsabg. Karl Trimborn die Enthüllung aufzulatten ließ, der Reichstagsanzugsphilosoph Theobald von Bethmann-Hollweg habe ihn (Trimborn) den diensthabenden Kulturschreiber im Berliner Parlament Karl Trimborn aus Köln) mit Aufhebung der preußischen Gesetzgebung droht, falls der Kardinal Gaetano De La ferne in der Giebelsche reiste, der Giebel und die Balanziersängler der Steigerwald und Genossen sind verbrauchte Mittel. Die Bergarbeiter erwachten. Die bisher interkonfessionellen Gewerkschaften, die sich scheiben, der Kontrolle der Bischöfe zu entziehen versuchten und deren Führer die Maske der unentwegten Arbeiterfreunde trugen, können nicht länger geduldet werden: sie kommen als arge Sinder unter die strengen Obhut der katholischen Dorfsäfarrer als Konkurrenzwalter; denn sie sind politische Gantmänner geworden.

### Zur Lohnfrage im Bergbau.

Die Wirkungen der heutigen Art der Gedingefestsetzung und Gedingeregulierung sind in dem Artikel des alten Bechenbeamten in Nr. 34 dieser Zeitung zweifellos im großen und ganzen richtig geschildert. Nur stimmt es wohl nicht, wenn die Sache so dargestellt wird, als ob in allen Fällen die Steiger oder sonstige Beamte die "getriebenen Treiber" wären. Mit einer solchen Logik könnte man alles, was zum Schaden der Arbeiter aussichtslos entschuldigen. Es kommen auch im Bergbau zeitweise Fälle vor, wo schon seitens der Beamten aus anderen Gründen heraus Gedingereduzierungen und sonstige kleinliche Schikanen ausgeübt werden. Gerücht soll annehmen werden, daß ein Teil der Beamten bemüht ist, bei Gedingerregelungen möglichst unparteiisch zu verfahren. Darüber hinaus gibt es aber eine große Anzahl wohl hauptsächlich jüngerer Beamten, die sich gebärden, als ob sie Miteigentümer der Betriebe wären und deshalb in der Herabsetzung der Selbstkosten ihr möglichstes leisten. Als hauptsächlichste Triebfedern darf man wohl hier ein nicht einwandfreies Strebertum ansehen. Betrachten wir uns einmal die Verhältnisse im Bergbau, wie sie sich seit den letzten Jahrzehnten entwickelt haben. Das augenfälligste ist dabei die Schaffung einer ganzen Reihe von Beamtentekategorien. Nun ist es jedem Kenner ohne weiteres klar, daß der Beamte — er mag in einem Range stehen, in welchem er will — ganz von selber schon die Verpflichtung in sich fühlt, einen möglichst hohen Profit herauszuwirtschaften, um dadurch seine Existenzberechtigung dem Unternehmer gegenüber zu beweisen. Dem Unternehmer würde es gar nicht einfallen, immer neue gut bezahlte Beamtenstellungen zu schaffen, wenn er nicht die Gewissheit hätte, daß dadurch sein Profit erhöht würde. Nun geht natürlich der Tanz los. Der Steiger will nicht immer Steiger, der Fahrsteiger nicht immer Fahrsteiger bleiben und so fort.

Die beste Aussicht vorwärts zu kommen haben natürlich diejenigen, die frappelloß alle Mittel anwenden, um einen hohen Profit herauszuwirtschaften und dadurch sich oben angenehm bemerkbar zu machen. Weiter haben wir gerade in den letzten Jahren die Erfahrung machen müssen, daß eine Reihe von Beamten als Sprungbrett, um vorwärts zu kommen, die Illusion von Gelben Systemat in sich habe. Auch hierbei spielt oft genug das wirtschaftliche Übergewicht eine Rolle. Genau so gut wie eine Reihe von Beamten, an die ebenfalls die Aussforderung erging, für die Gelben zu agitieren, dieses aber nicht als ihre Hauptaufgabe betrachten, sollten auch die übrigen sich vor Augen halten, daß sie als Beamte zuerst dem Betrieb ihre Aufmerksamkeit zuwidmen haben. Natürlich würden sie dann nicht mit einer hohen Zahl von Leuten paraderieren können, denen sie die Selbstsucht einimpfen. Wir müssen m. E. hier die Forderungen stellen, daß die Beamten sich den Arbeitern gegenüber in dieser Frage neutral verhalten und es ihnen gleichgültig sein muß, wie die Arbeiter sich organisieren. Es wäre wirklich besser und dem guten Einvernehmen zwischen Arbeitern und Beamten förderlicher, wenn alle diejenigen Beamten, die da glauben, durch Züchtung der Gelben sich die Sporen zu verdienen, ihre Überzeugungskunst und Zungenkraft aufwenden würden, den Steiger-

verbund zu stärken, um dadurch einen Zustand herbeizuführen, wo sie nicht die "getriebenen Treiber" zu sein brauchen. Dann wirkt auf die "Gedinge politik" der Beamten auch die Sollförderung ein. Ueber den Wert oder die Notwendigkeit derselben herrscht innerhalb der Beamten auch keine Meinung. Trotzdem gerade die Sollförderung für den Steiger eine Schraube ohne Ende ist, gibt es eine Anzahl, die diese verteidigen. Es braucht gar nicht bewiesen zu werden, daß die Sollförderung auf die Höhe der Gedinges ganz enorm einwirkt. Bekommt der Steiger eine Erhöhung seines Soills, so wird er versuchen, den Wünschen der Verwaltung nachzukommen. Die Leistung der einzelnen Kantonalitäten läßt sich natürlich am besten in die Höhe schrauben, wenn das Gedinge gekürzt wird. Nach diesem Grundriss wird vorkommenden gehandelt. Auch hier wird derjenige Steiger, welcher seine Lage begriffen hat, der Wertsverwaltung bei der Erhöhung seiner Sollförderung ganz energisch Widerstand entgegensetzen, während andere eben es benutzen, um, selbst unter Hintertreibung jedes menschlichen Gefühls den Arbeitern gegenüber, mit allen Mitteln den Wünschen der Wertsverwaltung Rechnung zu tragen. Darüber sollte jedenfalls unter den Steigern nur eine Meinung herrschen, daß ihre Stellung von heute dem Arbeiter und Unternehmer gegenüber nur verbessert werden kann, wenn sie etwas mehr Solidaritätsgefühl bekunden und sich eine musterhaftige und strenne Organisation schaffen. Die Worte: "Wir sind nur die getriebenen Treiber", bilden sich manchen einen Gedanke, hinter dem sich die allergrößte Arbeiterfeindseligkeit verbirgt und sich ein Strebertum breit macht, welches im Interesse der Beamten und Arbeiter nicht gutgeheißen werden kann.

Geradezu großartig wirkt der Satz: "Das Pferd, das den Hafer verdient, soll ihn auch haben." Natürlich bin ich damit durchaus einverstanden. Zu letzter Konsequenz bedeutet es nichts anderes, als die Vergeleichung der Produktionsmittel. Denn erst dann wäre es möglich, daß die Gesamtheit der Arbeiter, natürlich nicht nur der Handarbeiter allein, in den Genuss der von ihnen geschaffenen Werte kommen. Diesen Satz aber heute innerhalb der Arbeiterschaft zu propagieren, hieße den Kampf aller gegen alle zu entfesseln, denn Körperkraft und Intelligenz sind ganz verschieden verteilt. Wollte man den Satz in der Form des Artikels zur Durchführung bringen, so würde die Solidarität unter der Arbeiterschaft ein gewaltiges Loch bekommen. Der körperlich starke und intelligente Arbeiter kann nicht dafür, daß die Natur ihn so gut bedacht hat, während ungelehrter schwache und nicht intelligenter Arbeiter ebenfalls an diesem Zustand nicht schuldig ist. Den fundamentalsten Grundsatz der Arbeitersolidarität können und wollen wir nicht untergraben. Niemand kann mehr geben als er hat. Gibt er dieses, stellt er seine körperlichen und geistigen Kräfte in den Dienst der Gesamtheit, so hat er ein Recht auf eine menschenwürdige Existenz. Etwas anderes kann es nicht geben. Dazu kommt, daß heute der meiste und beste Hafer, den die Bergmannspferde verdienen, von den "Bergmannsdrohnen", den Kapitalisten, vorweg "gefressen" wird. Soll das Pferd, das den Hafer verdient, ihn auch bekommen, dann müssen die nichtstuenden Dividendeinsatzer unbedingt abgeschafft werden.

Nun noch einige Worte zur Entlohnung der Lehrhäuser, deren Aenderung nach Ansicht des Artikelschreibers unbedingt notwendig ist. Ich bin der Meinung, würde die Gesamtheit der Hauer heute eine geringere Bezahlung der Lehrhäuser fordern, so würde das Unternehmertum sich vor Freude die Hände reiben. Darüber müssen wir uns klar sein: führt das Unternehmertum dieses ein, so hat nicht der Hauer, sondern der Kapitalist den Nutzen davon. Wir haben ja schon bei den verschiedenen Unternehmern, die Geistesarbeiten von den Bechen übernehmen, dieses System. Was ist damit erreicht worden? Daß bei einem Drittel, das vielleicht aus sechs Mann besteht, nur noch zwei Hauer vorhanden sind. Die Hauer verdienen aber deshalb nicht etwa mehr, sondern das Gedinge wird dementsprechend "reguliert". Aber auch auf den Bechen — solche gibt es —, wo die Präzis allgemein gelobt wird, steht der Hauerlohn nicht höher wie dort, wo die Entlohnung von Hauer und Lehrhauer die gleiche ist. Ich sehe nicht ein, daß wir jetzt, wo wir wissen, daß niemand anders als der Unternehmer den

mit der Verstocktheit eines grauen Sünders mißachteten sie die väterlichen Ermahnnungen unserer geistlichen Herren, der besten Freunde der Arbeiterklasse, die uns doch alle Freuden und Wonne des Himmels versprechen, wenn wir die heutige gottgemalte Gesellschaftsordnung freudigen Herzens anerkennen. Die Noten wollen nicht beten, sondern behaupten, das hätte keinen Zweck, weil der Herrgott doch allwissend sei und alles schon weiß, bevor die Gebete gedruckt oder gesprochen werden. Ist das nicht eine Gotteslästerung?

Die Menschheit besteht aus der beständigen und nichtbeständigen Klasse. So war es, so wird es bleiben. Wir Arbeiter haben darum keine Ursache, gegen diese ehrwürdige Ordnung zu protestieren. Jeder von uns muß einen Herrn haben, muß für ihn fleißig arbeiten, ihm Paläste bauen und für seine Bequemlichkeit sorgen. Wir Arbeiter sollen unseren Herren in Demut die zarten Hände füßen, ihnen dafür dankbar sein, daß sie in ihrer unendlichen Güte uns erlauben, Schwitz und Blut zu ihrem Wohle zu vergießen, zu hungern und in feuchten Höhlen zu wohnen. Wir können ohne Obliege nicht leben, für die wir so gerne Steuern zahlen — ohne Polizei, die jede Unzufriedenheit im Reine erträgt und ihre Urheber ins Kittchen wirft oder mit dem blauen Sabel liebwohl massiert. Staatsanwalt, Polizei und Polizist: das ist die heilige Dreieinigkeit, die der granitne Skulpturen unserer heiligen Gesellschaftsordnung ist. Die roten Brüder wollen diesen Peinlern unterminieren, um dann ungern gestohlen, morden und Kirchen zerstören zu können. Plündern und hämmern dürfen nur die reichen Gauer und Leutelebinder, die zu diesem Zweck die Gesetze ihrem weiten Gewissen anpassen, sich Bucherzölle, Einfuhrzölle und beuteschneidende Handelsverträge bewilligen.

Die Sozialdemokraten wollen auch jedes Vermögen teilen; als dann entfallen auf jede Person circa 4000 M. Diesem perioden Gedanken können wir Arbeiter niemals zustimmen, ohne zu erwidern. Wir fühlen uns am wohlsten, wenn wir Löcher in den Taschen haben, denn wer Geld hat, hat auch Sorgen, wie er es anwenden soll. Was sollten wir also mit einer so großen Summe anfangen? Wenn wir keine Vermögensunterschiede hätten, wenn alle Schafe der Erde, Bergwerke, Fabriken, Waren und Produkte Gemeingut aller Menschen wären, dann hätten wir doch keine Bettler und keine Armut mehr, die Krankenhäuser würden die Arbeiterklasse, die höhere Bildungsförderung, die Rechtsgerechtigkeit, Freiheit und Brüderlichkeit für jedermann. Es wächst hierdurch Brot genug für alle Menschenfinder", "gleicher Recht für jeden, der Menschheit trägt"; so blühen sie in ihren Verbänden, obwohl sie ganz genau wissen, daß die denkenden Arbeiter mit diesen schemenhaften Idealen nichts anzufangen wissen.

Die Sozialdemokraten sind auch die Todfeinde der polnischen Arbeiter, weil sie die überschläge Taktik des Vorstandes der Berufsvereinigung nur verspielen, die doch trotz unseres hohen Erwartungen bewirkt, daß der lebte oberschlesische Streik viele Bergarbeiter aus ihrer Heimat vertrieb, ihnen großen Schaden zufügte und den Stolz der frommen Grubenmädchen noch mehr verstärkte.

"Verachtet darum, geliebte Brüder, dieses rote Unrat mit Stumpf und Stiel, rüttet es aus mit Gift und Keule und Meier und Lüge und Verleumdung! Haft so lange zu, bis der lebte Dämon Tod — Tod den Sozialdemokraten!"

Solche Irrlehren predigen die Sozialdemokraten. Sie wollen keinen König, keinen Papst, keinen Pfarrer und Polizisten haben, obwohl dieselben so liebwohl und uncigenmäßig für unser irdisches und ewiges Wohl sorgen. Die roten Brüder erstreben die Gleichheit für König und Bettler, für Unternehmer und Arbeiter — sie wollen Gerechtigkeit, Freiheit und Brüderlichkeit für jedermann. Es wächst hierdurch Brot genug für alle Menschenfinder", "gleicher Recht für jeden, der Menschheit trägt"; so blühen sie in ihren Verbänden, obwohl sie ganz genau wissen, daß die denkenden Arbeiter mit diesen schemenhaften Idealen nichts anzufangen wissen.

Die Sozialdemokraten sind auch die Todfeinde der polnischen Arbeiter, weil sie die überschläge Taktik des Vorstandes der Berufsvereinigung nur verspielen, die doch trotz unseres hohen Erwartungen bewirkt, daß der lebte oberschlesische Streik viele Bergarbeiter aus ihrer Heimat vertrieb, ihnen großen Schaden zufügte und den Stolz der frommen Grubenmädchen noch mehr verstärkte.

"Verachtet darum, geliebte Brüder, dieses rote Unrat mit Stumpf und Stiel, rüttet es aus mit Gift und Keule und Meier und Lüge und Verleumdung! Haft so lange zu, bis der lebte Dämon Tod — Tod den Sozialdemokraten!"

Das rote Unrat wucherte immer mehr. Der Glücksstern strahlte trüber und trüber. Der Berufsvereinigung wurden viele Mitglieder entzogen und versanken im roten Meer. Himmel, hat du keine Flinte? Wojciech opferte seinem Schützpatron schon eine auf Abzähling gefärbte Wachselze, alle Agitatoren pilgerten sogar unter seiner Führung nach einem berühmten Wollfahrtsort. Leider half kein Mittel mehr gegen die Vermehrung der roten Brut. Was nun? Wojciech ließ die Hände hängen und dachte angestrengt nach... Plötzlich rannte er erfreut mit seinem harten Schädel gegen die Wand, denn ein Geißelstock erleuchtete sein Gehirn. Wie wäre es mit einer Petition zum Himmel? Der ganze Agitatorenstab, der eben zu einer Konferenz zusammenkam, erzielte diesen goldenen Gedanken als den besten. Schnell wurde eine Petition verfaßt, Wojciech schrieb sie eigenhändig, verfaßte sie mit einem Stempel und adressierte sie an den hl. Petrus. In seinem freudigen Eifer ergriff er aber einen falschen Stempel, weshalb unter der polnischen Petition die deutschen Worte prangten: "Ein Gott ist gut und böse".

Die gottbegnadeten Führer der Berufsvereinigung erwarteten unruhig die Antwort! Eines Tages stand Wojciech am Fenster. Lieblos trommelte er mit den Fingern gegen die Fensterläden. Draußen herrschte Geistersturm. Am Horizont ballten sich drohende Wolken zusammen, die das Sonnenlicht verhangen und mit gespenstischen Schatten die weiten Dänen überzogen. Der Sturm summte allmählich seine Kräfte und zwang den Himmel zu wildem Tanz. Die Regentropfen fielen vereinzelt und klatschten härt auf das Straßensplaster. Dem großen Führer erschienen die Tropfen unnatürlich weiß; er ging hin-

Nutzen einer derartigen Maßnahme einstehen würde, wir überhaupt davon sprechen.

Im übrigen trifft es auch nur in einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Fällen zu, daß die Arbeit des Lehrhauers eine leichtere ist, als die des Hauers. Die Gedingebehörde sorgt schon dafür, daß die ganze Kameradschaft von Anfang bis zum Ende der Schicht alle Kräfte aufwenden muß, um auch nur einen halbwegen auskömmlichen Lohn zu verdienen. Dann würde m. E. jetzt durch eine derartige Maßnahme der Organisation der Bergarbeiter Schwierigkeiten entstehen. Wir haben ein Interesse daran, daß alle Trennungsmomente von der Arbeiterschaft ferngehalten werden. Es kann uns nicht in den Sinn kommen, neuen Klassifizierungen das Wort zu reden, zum größten Gaudium der Unternehmer. Darin stimme ich mit dem Schreiber des Artikels überein, nur Tarifverträge werden der heutigen Willkür in puncto Gedinge und Lohnfestsetzung ein Ende bereiten. Vorbedingung aber ist, um diese zu erreichen, eine einheitliche, strenge und nüchtern Bergarbeiterorganisation. Veranlassung haben wir, alles Trennende zu beseitigen, die Praktiken der Unternehmer und Beamten aufzudecken, wodurch die Arbeiter gegeneinander gehetzt werden, um so den Weg zum Aufstieg der Arbeiterschaft freizulegen.

Für uns kann nur eins Gültigkeit haben, und dessen wollen und müssen wir eingedenkt sein, und dies ist der eine kurze Satz: **Macht entscheidet!** Dieses gilt nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Steiger.

G. Becker.

Wenn der alte Grubenbeamte bei seiner Abhandlung über Lohnfragen im Bergbau in Nr. 34 der "Bergarb.-Blg." die Gedingepraktik der Grubenbeamten ziemlich scharf kritisiert, so hat er doch verschwiegen, daß in jüngster Zeit auf diesem Gebiete wieder ein neuer Trick erforscht wurde, um die einzelnen hohen Böhne verschwinden zu lassen.

Der Artikelschreiber sagt, der Beamte kommt einfach und defektiert: "Ihr bekommt für den Wagen Kohle soviel und für den Meter Bahnbruch soviel." Diese Gedingepraktik besteht aber auf einer großen Zahl der Kohlenkohlenzettel nicht mehr, sondern man geht vielmehr dazu über, ein reines Kohlengeding zu setzen, Bahnbruch und Bergversatz müssen gratis nebenbei gemacht werden. Nehmen wir folgendes Beispiel: Ein Strobbau — denn diese Abbaumethode kommt meistens in Frage — ist belegt mit einer Kameradschaft von sieben Mann, davon sind regelmäßig vier mit der Kohlengewinnung beschäftigt, die übrigen drei mit Bahnbruch und Bergversatz. Die ersten vier müssen also für sieben Mann Lohn machen. Jetzt stellt sich die Sache folgendermaßen: Bildet das Kohlenstück auch nur etwas an seiner Mächtigkeit ein oder treten sonst ungünstige Verhältnisse bei der Kohlengewinnung ein, so wird dieser Abschlag sofort auf alle sieben Kameraden, was bei einem bezahlten Bahnbruch nur bei vier der Fall sein würde. Dasselbe gilt bei Störungen in der Förderung, schlechtes Nebengestein, niedrigere Strecke, was bei steilerem Einfallen vorkommt usw. Nun könnte man einwenden, daß statt schlechterer Verhältnisse auch bessere eintreten können. Aber dann kommt man her und reduziert alle Bestimmungen außer acht lassend, das Gedinge, oder man kommt mit jenen Praktiken, wie sie in Nr. 34 der "Bergarb.-Blg." geschildert wurden, nur mit dem Unterschied, daß sie bei der Eigenartigkeit des Gedinges noch viel schärfer auf den Lohn wirken. Nehmen wir z. B. an, die Kameradschaft hat bis zum 20. des laufenden Monats gut gefördert, was ja den Beamten nicht entgehen kann, dann erklärt dieser plötzlich: Bergversatz und Bahnbruch seien ihm zu weit zurück und der achte Mann wird hinzugelegt, natürlich am Stein. Einspruch dagegen bleibt erfolglos. Die weitere Folge davon ist, wollen sie das bisher Verdiente nicht preisgeben, so müssen sie unter der größten Anstrengung, alle Gefahren außer acht lassend, auch diesen Mann noch mit durchziehen.

Stellen wir nun beide Gedingesysteme nebeneinander, so haben wir folgendes Ergebnis: Bei dem getrennten Gedinge gleicht sich das eine mit dem anderen aus, weniger Mächtigkeit des Flözes, niedrigere Strecke, ergibt weniger Kohlen, aber auch mehr Meter Bahnbruch, die bezahlt werden. Bei reinem Kohlengedinge ebenfalls weniger Kohlen und auch mehr Meter, die zwar nicht bezahlt werden, aber eine Menge Arbeit mehr erfordern, also genau das Gegenteil.

aus und beobachtete die wunderbare Naturerscheinung. Plötzlich rief er erstaunt:

"Kommt, ihr Freunde, hier geschieht ein Wunder — ein großes Wunder! Seht, das ist kein Regen, sondern Maslanka!\*\*)

"Maslanka!" riefen alle wie aus einem Munde, "die reine Maslanka, die Tropfen enthalten sogar noch ganz frische Butter!"

Dies ging das Unwetter los. Dampf rollte der Donner wie die Kanonen auf dem Balkan. Gaukend und brausend segte die Windbraut übers Land. Wütend schüttelte sie die Baumkronen und peitschte den Regen den verwunderten Führern ins Gesicht. Eine ägyptische Finsternis legte sich vor die Augen. Grelle Blitze aufflammten am Firmament. Von Himmel soz. es in Strömen — sieben Räkte und sieben Stunden. Die Buttermilch stieg immer höher und höher — schon heulte sie ihnen die Knöchel, dann die Knie, den Leib... In der Nähe stand eine alte Weide, die den Agitatoren als Zuflucht diente. Mächtige Wogen umstülpten sie. Wojtek thonte jedoch hoch oben. Er war ja erster Vorsitzender, darum gebührte ihm auf dem Baume der erste und höchste Platz.

Die Buttermilch übersetzte ganz Oberösterreich. Auch die Weide mit ihren Bewohnern fiel dem entsetzlichen Element zum Opfer. Da geschah ein neues Wunder! Wojtek verfiel nicht; seine Untergaben wiesen sich ebenfalls auf den Wellen des milchigen Meeres. Rechts tauchte er unter, plötzlich lustig in der Buttermilch und zeigte als guter Schwimmer allerlei Kunststücke. So durchschwamm er ganz Oberösterreich und bemerkte beim fahlen Lichte der zuckenden Blitze, daß seine Anhänger nicht untergingen, nur die Sozialdemokraten. Hell ward es in seinem Kopfe...

"Das ist die rote Sintflut!" rief Wojtek freudig bewegt. "Der Himmel strafft die roten Schießgesichter! Nieder mit den Dämonen! Hurra! Unsere Petition hat geholfen!"

Mit leuchtenden Augen sah er zu, wie ein Sozialdemokrat nach dem andern in den Wellen verschwand. Ihre gelinden Hifferisse fanden bei ihm kein Gehör, seinem rechte er die reitende Hand.

"Kaputt nur schneller mit Armen und Beinen", spottete er grinsend, "wenn sie genug Butter gemacht habt, dann geht ihr in der festen Masse nicht unten!"

So hart würden also die Roten bestraft. Wie die Ratten ersoffen sie alle — gingen unter, weil sie zu viel Verstand hatten, wogegen die Anhänger der Berufsvereinigung oben schwammen, weil sich in ihrem Gedankenbrutapparat von jeher ein luftleerer Raum befand. Hier sieht man wieder, was der Verstand einem schaden kann...

Wojtek empfand nun einen schrecklichen Durst, die Kehle war ihm wie ausgedörrt. Gierig stieß er die Lippen in die Buttermilch, die er infolge eines geheimnisvollen Zwanges so lange trinken mußte, bis ihm der Bauch plakte...

Wojtek fiel polternd aus dem Bett. Krach, Lärm... Er schreckte seine Frau ins Zimmer. Wojtek schnaufte furchtbar und suchte sich aus dem Bettzeug zu befreien.

"Was macht du hier für einen Höllenlärm? Wo warst du am gestrigen Sonntag?" fragt sie aufgebracht.

"Für Agitation", gab er langsam zur Antwort.

"Für Agitation beim Schnaps, nicht wahr? Was hast du mit der Waschbüchse gemacht?" fragt Frau Wojtek weiter, indem sie auf die in der Ecke liegende Schüssel zeigte. "Hast denn so großen Brand gehabt, daß du das ganze Seifenwasser ausgejossen hast?"

"Und ich dachte, das sei Buttermilch!", stotterte er verwundert.

"Ein dummer Traum", murmelte Wojtek bedrücklich. Dann zog er sich langsam an, denn er mußte zum Bureau.

Kali.

Wenn das System des reinen Kohlengediges erst auf einem Teil der Ruhrgruben eingeführt ist, so muß man annehmen, daß selbst die Werksbesitzer dieses Experiment für zu gefährlich und für unbrauchbar halten, um es allgemein einzuführen.

Ein weiterer Umstand, der eine nette Gefahr für den Bergarbeiter in der Lohnregelung bildet, ist das Anstandthalten der Strecken. Nicht selten ist dieses mit dem Gedinge eingegriffen, und das ein solcher Begriff sehr dehnbar ist, weiß jeder; wer mit dem Bergbau vertraut ist. Dann hat man auf einem Teil der Ruhrgruben das sogenannte System des Streben-Velstellen eingeführt. Dieser erhält dann monatlich eine Gratifikation von 5 bis 6 Mark und hat dann für die richtige und fachgemäße Ausführung sämtlicher Arbeiten Sorge zu tragen. Das dieses System nur Antreiber und Schmarotzer lädt, braucht nicht besonders betont zu werden, und gar zu oft kam es zwischen den einzelnen Kameradschaften zu persönlichen Feindschaften und Streitigkeiten.

Zu der Entlohnung der Lehrhauer wird der größte Teil der Bergarbeiter anderer Meinung sein wie der Artikelschreiber in Nr. 34 der "Bergarb.-Blg.". Nur noch selten hat ein Lehrhauer das Glück, der Förderung leere Wagen zu entnehmen, sondern fast ausschließlich mit Berg gefüllte. Das ganze System ist auch in den meisten Fällen eine verdeckte Gedingereduzierung. Auch in den Kreisen der Hauer findet dieser Modus wenig Anklang, denn wir sind persönlich eine Reihe Fälle bekannt, wo den Lohnungstagen Hauer und Lehrhauer ihre Löhne ausgleichen. Vielfach reicht dies auch bei Strafen, die über den Lehrhauer wegen Förderns unreiner Kohlen und minder geladener Wagen verhängt werden.

Kaffen wir zum Schlusse das Ganze zusammen, so ist der Gewebs erbracht, wie sehr reformbedürftig die Lohn- und Gedingerelation im Bergbau sind und wird es zukünftig die vornehmste Aufgabe der Bergarbeiter sein, dieses zu erstreben.

T. J.

In Nr. 34 unserer Zeitung schreibt ein alter Grubenbeamter, daß in keinem Berufe die Regelung der Arbeiterlöhne so große Schwierigkeiten macht, wie im Bergbau. Ich kann in diesem Punkt sowie im ganzen die Ansicht des Artikelschreibers nicht teilen. Es trifft zwar in einzelnen Fällen zu, daß in neuen Höhlen, deren Beschaffenheit der Betriebsleitung noch unbekannt ist, die erst Hauer ausprobieren müssen, was geleistet werden kann, aber das kommt nur selten, fast ausschließlich nur auf den neuen Zechen vor. Auf den älteren Zechen sind fast alle Flöze, die abgebaut werden, schon auf den oberen Sohlen abgebaut und folgedessen deren Beschaffenheit sowie auch der Stand des früheren Gedinges der Betriebsleitung bekannt. An den neuen, bisher noch nicht abgebauten Flözen, braucht wohl eine Zeit lang nicht so hart gearbeitet werden, wenn die Kameraden sich verständen. Sie sind sich aber vor allen Betriebspunkten nicht einig. Es wird draufgehauen, was in ihren Kräften steht, um möglichst viel zu verdienen, wenn es auch nur für einen Monat ist. Es gibt auch viele Hauer, denen der Lohn nicht die Hauptfache ist, sondern die Nummer bei den Beamten, indem sie eine höhere Leistung aufzuweisen haben, wie die anderen Kameradschaften. So ist es meiner Ansicht nach für die Beamten eine Kleinigkeit, die Gewebe hin und her zu "sezieren". An eine Dreiecksgerechtigkeit darf nicht zu denken, denn hinter jeden paar Arbeitern steht ein Beamter oder ein sonstiger Aufpasser. Auf den neuen Schachtanlagen ist es so übertrieben, daß man fast immer unter Aufsicht arbeitet.

Die Arbeit der Lehrhauer ist auch nicht leichter, als wie die der Hauer. Auf nur wenigen Zechen wird fikt. das Verkaufen und Bahnfahren in den Strecken etwas gezahlt, aber so wenig, daß man keinen auch nur halbwegen ausständigen Lohn verdienen kann. Auf den meisten Zechen gibt es nur reines Kohlengedinge. Der Bahnbruch und die Stegarbeiten werden nicht bezahlt. Dazu kommt noch der fast überall herrschende Holz in angele. Durch dieses System sind die Strecken vernachlässigt. Der Lehrhauer muß aber, ob die Bahn oder die Zimmerung auch noch so schlecht ist, mit dem Wagen sich durcharbeiten. So, wie ein Stück Bisch muß er sich dann Tag für Tag abschinden. Auf den alten Flözen, wo in der Regel viel Kohlen fallen, sind die Strecken etwas besser, aber hier wird von und zur Arbeit der volle Wagen gehoben. Vor diesen Strecken findet man jüngeren fast gar keinen Unterschied zwischen dem Hauer und Lehrhauer, denn gewöhnlich ist ein Mann am Kohlenbauen, einer am Zähren und zwei Mann am Steinkippen, und so müssen auch die Hauer den Wagen anpacken.

Ganz entschieden dagegen bin ich und wohl 90 Prozent der Hauer, daß der Lehrhauer weniger Lohn bekommen soll wie der Hauer, denn davon hätten nur die Zechenbesitzer den Nutzen. Das Gedinge würde dann reduziert, der Lohn der Hauer würde dagegen bleiben. Die Lehrhauer müßten dann für die reichen Grubenbarone noch billiger arbeiten. E. B.

## Deutsche Gewerkschaften i. J. 1912.

I.

Das Wirtschaftsjahr 1912 trug kein einheitliches Gepräge, sondern wies die widersprechendsten Züge auf. Im Bergbau, in der Metall- und Metallindustrie, sowie in der chemischen Industrie herrschte noch volle Hochkonjunktur, in der Textil-, Erd- und Stein- und Holzindustrie zeigten sich bereits die Einflüsse des Niedergangs, der im Baugewerbe in vollem Grade empfunden wurde. Die Beschäftigtenziffern waren im allgemeinen größer als im Jahre 1911, aber auch die Arbeitslosigkeit war größer geworden; sie stand in acht Monaten des Berichts-jahres über dem Stand der gleichen Monate des Vorjahres und prozentual auf 122,4 Arbeitsuchende (1911: 121,1) pro 100 offene Stellen.

Unter diesen Einflüssen hatte auch die Entwicklung zu der Gewerkschaftsbewegung zu leiden. Neben Verbänden mit erheblicher Mitgliederzunahme finden wir in anderen Verbänden schon Mitgliederverluste, und das letzte Vierteljahr 1912 brachte sogar einen Rückgang der Gesamtziffer.

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände zählten im Wirtschaftsjahr 1912: 2.530.390 Mitglieder (gegen 2.320.986 im Vorjahr). Die Zunahme beträgt 9,02 Prozent (1911 gleich 15,05 Prozent). In diesen Zahlen sind die Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter nicht eingeschlossen, die 1912 zusammen 22.772 Mitglieder zählten. Rechnet man diese hinzu, so musterten die freien Gewerkschaften im Wirtschaftsjahr 1912 insgesamt 2.553.162 Mitglieder.

Die Ziffern stellen sich am Schluß des Jahres etwas höher. Am 31. Dezember 1912 hatten die Gewerkschaften 2.559.781 Mitglieder (gegen 2.400.018 Ende 1911). Die Zunahme betrug hier aber nur 15.763 oder 6,44 Prozent. Die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter zählten Ende 1912: 23.714 Mitglieder, so daß die Gesamtziffer aller freien Gewerkschaften 2.583.495 betrug. Den Höchststand erreichten die Gewerkschaften im 3. Vierteljahr mit 2.572.624 Mitgliedern (ohne Hausangestellte und Landarbeiter), wogegen das 4. Vierteljahr schon wieder einen Rückgang von nahezu 13.000 Mitgliedern brachte.

Die Mitgliederentwicklung der gewerkschaftlichen Zentralverbände seit Beginn der Gewerkschaftsstatistik läßt sich an den folgenden Zahlen leicht verfolgen. Es betrugen im Wirtschaftsjahr 1912 die Mitgliederzahlen und Zunahmen:

Jahr	Mitgliederzahl	Jahr	Mitgliederzahl
1891	277.650	1902	783.806
1892	287.040	1903	887.898
1893	228.590	1904	1.052.108
1894	248.484	1905	1.344.803
1895	259.175	1906	1.580.700
1896	320.280	1907	1.885.806
1897	412.859	1908	1.831.781
1898	493.742	1909	1.882.667
1899	580.473	1910	2.017.298
1900	680.427	1911	2.320.986
1901	677.510	1912	2.530.890

Nach der Höhe der Mitgliederzahl geordnet, hatten im Durchschnitt des Jahres 1912 Mitglieder: Metallarbeiter 585.903, Bauarbeiter 385.560, Transportarbeiter 215.948, Fabrikarbeiter 205.026, Holzarbeiter 192.645, Textilarbeiter 140.217, Bergarbeiter 117.875, Buchdrucker 86.678, Zimmerer 81.872, Maler 51.621, Gemeindearbeiter 50.058, Brauerei- und Mühlenarbeiter 49.834, Schneider 49.583, Schuhmacher 46.227, Tabakarbeiter 36.269, Buchbinder 32.374, Steinarbeiter 29.410, Bäder und Konditoren 28.525, Maschinisten 25.761, Glasarbeiter 19.001, Handlungsgehilfen 17.483, Lithographen 16.760, Vorzellarbeiter 16.575, Lederarbeiter 15.248, Sattler und Portefeuillier 14.166, Schmiede 12.874, Töpfer 12.057, Steinmeyer 10.939, Huttmacher 10.551, Tapezierer 10.484, Dachdecker 86.366, Böttcher 85.184, Bureauangestellte 72.588, Gärtner 69.500, Fleischer 61.721, Aufsichtsbeamte 52.844, Glaser 46.701, Kürschner 38.031, Blaudarbeiter 37.771, Schiffszimmerer 36.885, Lagerhalter 29.353, Friseure 25.822, Bühnenschauspieler 20.088, Zigarettier 15.665, Alpholzente 12.491, Blumenarbeiter 11.688, Notenjäger 445, Zeographen 428. Die Landarbeiter zählten im Jahresdurchschnitt 17.028, die Hausangestellten 5.749 Mitglieder.

Nach Industriegruppen geordnet, zählten am Jahresende 1912 die Gewerkschaften im Bergbau 114.062 (1911: 120.136), in der Industrie des Steins und Erden 76.788 (74.474), in der Maschinen- und Metallindustrie 586.889 (564.819), in der Textilindustrie 142.634 (184.426), in der chemischen Industrie (Fabrikarbeiter) 207.697 (189.448), in der Papier- und Zellstoffindustrie 70.041 (69.376), in der Holzindustrie 218.761 (189.886), in der Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie 124.513 (118.080), in der Bekleidungsindustrie 114.132 (111.727), in den graphischen Gewerben 100.845 (99.727), im Baugewerbe 463.275 (431.697), im Handel und Verkehr 247.518 (213.495), im Gastronomiegewerbe 16.542 (18.918), im Gartenbau 68.583 (62.318), in der Landwirtschaft 18.157 (15.696), in häuslichen Diensten 55.515 (57.551) und in sonstigen Berufen (Bureauangestellte, Gemeindearbeiter, Musiker) 60.781 (55.883).

Nach Industriegruppen geordnet, zählten am Jahresende 1912 die Gewerkschaften im Bergbau 114.062 (1911: 120.136), in der Industrie

Werte Kollegen! Essen, den 18. August 1918.

Wie durch die verschiedensten Artikel in unserem Verbandsorgan, sowie auch durch entsprechende Notizen in den Tageszeitungen allen Kollegen bekannt sein dürfte, wird in den nächsten Tagen der Geschäftsbetrieb der Deutschen Volksversicherung A.-G. eröffnet. Aus diesem Grunde sehen wir uns veranlaßt, alle Kollegen, die für sich persönliche oder für Frau und Kinder eine Versicherung eingehen wollen, dieses nur durch Vertrauensleute unseres Verbandes mit dem Generalverband der christlichen Gewerkschaften abzuschließen.

Wir glauben, nicht notwendig zu haben noch besonders zu betonen, daß unsere Kollegen unter keinen Umständen eine Versicherung mit der roten Volksfürsorge eingehen. Ebenso sollten wir auch fortan aber auch alle Agenten der kapitalistischen Volksversicherungen turmhaft abweisen. Es ist eines Arbeiters geradezu unvölkig, seine sauer verbreiteten Groschen Gesellschaften in den Hals zu werfen, deren Generaldirektoren mehr als 800 000 Mark im Jahr beziehen.

Für Kollegen, die schon in früheren Jahren mit solchen Gesellschaften Versicherungen eingegangen sind, besteht die Möglichkeit, ohne den geringsten Nachteil die Zahlung der Prämien einzustellen und sich bei der Deutschen Volksversicherung von neuem zu versichern. Notwendig ist nur, daß mindestens drei Jahre die Prämien fortlaufend entrichtet sind, bzw. erst drei Jahre entrichtet werden. In solchen Fällen sind die Vertrauensleute der Deutschen Volksversicherung A.-G. zur näheren Auskunft jederzeit gern bereit.

Für jede Aufnahme, die für die D. V. A. G. gemacht wird, werden zehn Wochenbeiträge gezahlt. Dabei ist es gleich, ob der Wochenbeitrag 10 Pf. oder 1 Mark beträgt.

Bon diesen zehn Wochenbeiträgen erhält das Generalsekretariat in Köln zwei, die Zentrale unseres Verbandes zwei, unsere Bahnhofsstelle zwei, und der Kollege, der die Aufnahme besorgt, vier Beiträge.

Wenn dagegen die Aufnahme durch die D. V. A. G. in unserem Bezirk durch den Konsumverein "Wohlfahrt" geht, so erhält unsere Zentrale und die Bahnhofsstelle nichts, sondern diese vier Beiträge fallen dem Konsumverein zu.

Das Birkular beweist also, daß die "christlichen" Gewerkschaften an der D. V. A. G. lebhaft finanziell beteiligt sind. Von keiner Aufnahme erhalten sie sechs Wochenbeiträge. Selbstverständlich haben die Versicherten das zu tragen, denn je mehr Spesen ein solches Unternehmen verursacht, um so knapper müssen dann die Renteen werden.

Nebenher sei auf die falsche Information aufmerksam gemacht, die den Versicherungsreflektanten, soweit sie schon bei Privatgesellschaften versichert sind, über die Möglichkeit der nachteilfreien Lösung des bestehenden Versicherungsvertrages erheitert wird. Es ist unwahr, daß man einen Versicherungsvertrag bei einer Privatgesellschaft zu irgendeiner Zeit ohne Nachteil auflösen kann. Man kann z. B. die Zahlung der Prämien einstellen, doch was man zurückbekommt, ist nur ein Teil der eingezahlten Prämien. Bei Auflösung eines Versicherungsvertrages bei einer privaten Gesellschaft erleidet der Versicherte stets und unter allen Umständen Verlust! Das ist gewissenslos, den Versicherten etwas anderes zu erzählen! Das das in dem Birkular geschieht, beweist, wie sehr der Gewinn korrumpt.

Besonders kennzeichnend ist der in bekannter "christlicher" Tonart gehaltene Ausfall gegen die hohen Gehälter der Direktoren bei den privaten Versicherungsgesellschaften. Das wäre wohl berechtigt, wenn die Absicht bestände, daß sich die Direktoren und sonstigen Macher der D. V. A. G. mit beiderlei Händen beglückt begnügen. Das ist aber keineswegs der Fall. Dafür bürgt ja auch schon der Umstand, daß die Gründer der D. V. A. G. eben die mit den Höchstsummen bezahlten Direktoren sind. Will man auch zunächst nicht nahe an die Million herangehen mit den Einkünften der obersten Leiter, so ist doch das festgesetzte oder geplante Anfangsgehalt angständig genug und die weiter geplante Form der Bezahlung der Direktoren und Macher läßt jede Grenze nach oben vermissen. Außerdem will man in Erkenntnis der wahrscheinlichen praktischen Wirkung der geplanten Entlohnungsform einen wohlkundigen Schleier darüber breiten. Niemand soll erfahren, wieviel die Herren Macher eigentlich einstecken. Diesem Zwecke soll angehend auch der Sach in dem Birkular dienen, der auf die hohen Gehälter der Direktoren der privaten Gesellschaften schimpft.

Zum Beweise für unsere Behauptungen lassen wir hier einen Augenzeugen aus dem Gründungsprotokoll der D. V. A. G. folgen:

„Über den § 18 entspannt sich eine lebhafte Diskussion. Generaldirektor Dumke wünscht bei Besprechung der Gewinnverteilung der neuen Anstalt auch die Personalfrage zu erörtern und macht auf die Notwendigkeit aufmerksam, den Direktor in irgend einer Weise an den Gewinnüberschüssen der von ihm geleiteten Anstalt zu beteiligen. Reiner sieht in dieser Gewinnbeteiligung des Vorstandes ein wesentliches Moment für den Erfolg der neuen Anstalt. Der Vorsteher weist darauf hin, daß diese Frage eventuell Sache des Anstellungsvertrages wäre, daß aber hierüber in die Satzung keine Bestimmung aufgenommen werden könne. Geheimrat Hodeler-Köbbinghoff schließt sich der Meinung der Herren Generaldirektors Dumke an, empfiehlt aber, in die Satzung und auch nicht in den Jahresabschluß irgend einen Hinweis auf die Gewinnbeteiligung des Leiters aufzunehmen. Seiner Meinung nach komme man am besten der Anregung des Herrn Generaldirektors Dumke dadurch entsprechen, daß man eine steigende Remuneration für den Vorstand festsehe...“

Die Mehrheit ist der Ansicht, daß es sich empfiehlt, den Vorstand in irgend einer Weise am Neugewinn zu interessieren. Über die Gewinnbeteiligung soll aber weder der Gesellschaftsvertrag noch der Jahresabschluß einen Hinweis erhalten.

Hinsichtlich des Leiters der neuen Anstalt ist die Versammlung der Meinung, daß man bei Festsetzung des Anfangsgehaltes unter 20 000 Mark nicht heruntergehen darf.“

Also Anfangsgehalt für den Direktor nicht unter 20 000 Mark und darüber hinaus Gewinnbeteiligung in irgendeiner Form ohne Begrenzung nach oben, jedoch darf niemand etwas von dieser Ausbeutung der Mägdelei erfahren! Und die "christlichen" Gewerkschaften, denen die Sachverhalt sicher nicht unbekannt ist, lassen sich für die roten Wochenbeiträge, die ihnen für jede Versicherung zufallen, dazu gebrauchen, die Arbeiter über diesen Sachverhalt zu täuschen, indem sie auf die hohen Gehälter der Direktoren der privaten Versicherungsgesellschaften hindeuten.

Es ist eines Arbeiters unwürdig, seine Kameraden in so gemeiner Weise darüber zu täuschen, daß sie bei der neuen Gesellschaft genau so ausgebunzt werden sollen, wie bei den alten privaten Versicherungsgesellschaften. Der Unterschied ist einziger, daß das Geschäft jetzt zusammengelegt ist, und daß die "christlichen" Gewerkschaften jetzt dem "christlichen" Konsumverein an diesem Ausbeutungsgeheim beteiligt sind!

Und diese selben Leute, die hier mit den Kapitalisten eine geheime Arbeitsgemeinschaft zur Ausbeutung der versicherungsbedürftigen Arbeiter eingegangen sind für den Judaslohn von sechs Wochenbeiträgen für jede verkaufte Seele, die um dieses Interesses willen das gemeinsame Unternehmense der freien Gewerkschaften und damit zugleich die Gewerkschaften selber verdächtigen, wider besseres Wissen der Ausbeutung beschuldigen, die sind freilich genug, den freien Gewerkschaften zu gleicher Zeit eine Arbeitsgemeinschaft gegen die Unternehmer anzubieten!

Es gehört ein unfähiger großer Mangel im Charakter zu solchem Verhalten!

Werte Kollegen! Essen, den 18. August 1918.

## Bolzwirtschaftliche Rundschau.

### Wider den Brotwucher!

Amt "Berliner Tageblatt" veröffentlicht der Bolzwirtschaftler Dr. Karl v. Thiel (Leipzig) aufregende, auf genauen statistischen Erhebungen beruhende Zahlen über die Belastung der konsumierenden Volksmassen durch die Getreidepreise. Danach erforderten im Durchschnitt des fünf Jahre 1907 bis 1911 die Getreidepreise ein jährliches Opfer von etwas mehr als einer Milliarde (1 080 815 808 Mark)! Zu den fünf Jahren kriegt die Belastung für die getreidebauenden Bevölkerung über fünf Milliarden (1 186 070 489 Mark). Dieser enorme Betrag kam aber keineswegs dem Reichs zugute. Nur 887 oder jährlich etwa 188 Millionen fließen der Reichsfinanz ab, während über vier und eine halbe Milliarde oder jährlich über 900 Millionen die Taschen von Privatpersonen, und zwar in der Hauptrasse der getreidebauenden Grundbesitzer, füllten. Auf den Rest der getreidebauenden Bevölkerung verträgt die Belastung für die Getreidepreise jährlich 20 Mark. Hierbei entfällt als Verlust an die Grundbesitzer etwa 17,50 Mt., während dem Reich 2,50 Mt. verbleiben. Vergesogen werden wir uns, was es heißt, pro Kopf jährlich 20 Mark! Das bedeutet für eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern eine jährliche Belastung von 80 Mark. Bei einem Einkommen von 1800 Mt. jährlich waren 5% Prozent des Einkommens für die Getreidepreise zu verwenden. Weit schlechter noch sind kinderreiche Familien gestellt. Bei vier Kindern und einem Einkommen von 1200 Mt. jährlich beträgt das Opfer an die Grundbesitzer 120 Mt., gleich 10 Prozent des Einkommens. Mit anderen Worten: diese Familie muß ihre Arbeitskraft einen Monat im Jahr umsonst zur Verluststellung stellen, um die Beträge aufzubringen, die der Staat allein im Interesse der getreidebauenden Grundbesitzer erhebt. Hierbei ist noch nicht berücksichtigt, daß — wie die Untersuchungen Neumanns, Gerlofs und Krommers dargetan haben — der Brotverbrauch eindesto größer ist, je ärmer die Familie ist.

Die Getreidepreise bilden eine Belastung, wie sie ungerechter und erdrückender nicht hätte erfinden werden können. Während heute einhellig von der Wissenschaft wie der Praxis die Forderung einer progressiven Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit erhoben wird, besteht das deutsche Volk eine tollgängige, die progressiv nach unten wirkt, die eine Familie desto schwerer belastet, je ärmer und kinderreicher sie ist. Und während man jetzt und schnell über den zunehmenden Geburtenrückgang in Deutschland und Sittlichkeitsschäden durch moralische Hallujahs, Staatsbücher und Polizeiverordnungen der Volksvermeidung wieder auf die Beine helfen will, duldet, ja verteidigt man eine Wirtschaftspolitik, die Kinderreichtum geradezu unter Strafe stellt! Wunderlich man sich da noch, wenn im deutschen Volk die Lust am Kinderzeugen im Abnehmen begriffen ist? Man schafft glänztere Existenzbedingungen, erleichtert den Kampf ums Dasein durch eine Politik, die die Interessen der großen Massen wahrt, und man wird nicht nur eine Erhöhung der Geburtenziffer erzielen, sondern auch der verheerenden, die Volksschäden und -Gesundheit untergrabenden Krankheiten ganz anders Herr werden können.

### Die deutsche Brantweinproduktion.

Im letzten Jahre wurde in Deutschland erheblich mehr Brantwein produziert als im Vorjahr. Die gesamte Menge des in den ersten 6 Monaten d. J. produzierten Brantweins betrug 2 207 243, im Vorjahr waren es nur 2 245 888 Hektoliter. Seit dem Jahre 1909 entwickelt sich die Produktion von Brantwein für die Monate Januar bis Juni wie folgt: 1909: 2 621 178, 1910: 2 858 256, 1911: 1 315 879, 1912: 2 245 888, 1913: 2 297 424 Hektoliter.

Nach einem stetigen Rückgang der Brantweinproduktion bis zum Jahre 1911 vollzog sich also 1912 wieder ein kräftiger Aufschwung, der bis in dieses Jahr hineinreicht. Die Ein- und Ausfuhr von Brantwein aller Art gestaltete sich in den beiden letzten Jahren wie folgt:

Einfuhr in M. Wert in M. Mt.	Ausfuhr in M. Wert in M. Mt.
1912 108 228 6,72	175 073 7,45
1913 98 468 4,76	138 046 6,27

Ganz bedeutsam zurückgegangen ist die Einfuhr. Ihre Menge beträgt für die ersten sechs Monate d. J. weniger als zwei Drittel des im Vorjahr eingeführten Brantweins, die Ausfuhr ist an Menge und Wert ebenfalls stark zurückgegangen. Von dem Rückgang im Exportgeschäft wird besonders die Weingeschäft betroffen. Da gegen hat die Einfuhr von Pfaffen noch zunommen.

### Aus unseren Rechtschutzbureaus.

#### Massengutachter und Versicherter.

Neue "Grundsätze" werden von den Ärzten bei der Begutachtung der Rentenfälle beachtet. Die ärztliche Kunst soll nämlich so weit gefommen sein, daß für alle Magen eines Unfallverletzten auch eine objektive Unterlage gefunden werden muß. „Sie können mir nicht in den Kopf, in die Brust oder in den Magen sehen“, gilt heute nicht mehr. Die Ärzte sagen: „Das können wir doch, und wo wir nichts finden, ist auch nichts mehr da.“ In dem Gutachten heißt es in solchen Fällen: „Die Untersuchung hat die Klagen des Verletzten nicht bestätigt“, oder: „Objektiv sind keine Unfallsfolgen mehr nachzuweisen.“ Die Menge ist dann selbstverständlich jüngst. Selten, höchst selten, daß irgendwelche Gutachten noch mal ausgibt, daß bei diesen oder jenen Unfallsfolgen der Arzt auf die Glaubwürdigkeit des Verletzten angewiesen sei.

Da in den Industrieberufen die Zahl der Unfallverletzten natürlich am größten ist, sind die Unfallsachen darauf bedacht, gerade in diesen Berufen besonders „gut“ arbeitende Berufe zu setzen, um sie zu haben. Für die Tazierung der Unfallsachen ist den Unfallverletzten noch lange nicht jeder Arzt geeignet. So hat die Sektion II das Ruhrgebiet in größere Bezirke eingeteilt und für diese besondere Spezialärzte ange stellt, welche im Volksmund "Massengutachter" heißen und in den Untersuchungsterminen recht flott arbeiten. Einer derselben, Herr Dr. Peters in Dortmund, hat z. B. in einem Jahre für die Sektion II allein weit über 1000 Gutachten ausgestellt. Hierzu kommen die Gutachten, die dieser Arzt noch für andere Unfallsachen erstattet. Das ist eine Galopp- und Fabrikarbeit, unter der die Gewissenhaftigkeit schwer leiden muß.

Diese Art Ärzte befassen immer mehr das Gebiet der Unfallbegutachtung. Die Rechts- und Strafverhandlungen Ärzte kommen für die spätere Begutachtung eines Verletzten immer weniger in Frage. Durch die zahlreiche Spezialarbeit haben die "Massengutachter" sich selbstverständlich auch eine sehr große Häufigkeit in der Abschaffung der christlichen Gutachten angeeignet. Sie wissen aus dem Altersstudium ganz genau, worauf es am Gericht ankommt, und darum vergessen sie auch nicht, alles anzuführen, was zur Stütze ihrer Ansicht und zur eventuellen Nachweisung einer Besserung im Zustand des Verletzten notwendig ist.

Doch sie dabei auch arg daneben hauen und sich in auffallender Weise irren können, zeigt folgender Fall:

Der Bergmann A. aus Annen bei Witten bezog wegen eines im Jahre 1894 erlittenen Unfalls 100 Prozent Rente. Neunzehn Jahre lang, bis jetzt, hatte man dem Mann die Rente belassen. Die Ärzte, die ihn im Laufe der Jahre untersuchten, unter anderen auch der verstorbene Professor Dr. Löbeler-Böchum, hatten niemals eine nennenswerte Besserung konstatieren können. Aber jetzt steht ja der neue Wind und jetzt ist vielleicht etwas abzuwappnen, denkt die Unfallsache und berichtet den Mann zu Dr. Peters nach Dortmund, der denn auch eine Besserung gefunden zu haben glaubt und die Minderung der Rente in seinem Gutachten so begründet:

Der etwa 45jährige Mann ist mittelgroß, mäßig kräftig gebaut, gut genährt, er wiegt ohne Kleider 57 Kilo... beide Handgelenke tragen reichlich entwinkelte Arbeitsschwellen... Er trägt Luftdruckmantel. Die eigentliche Stammbildung ist aufgehoben. Er vermag sich aber mit leichter, klanger Sprache recht gut zu verständigen... Was nun die Beurteilung der Erwerbsfähigkeit betrifft, so halte ich eine Rente von 75 Prozent für eine ausreichende Entschädigung, bin im übrigen überzeugt, daß bei einem Manne, der ein gleiches Leid durch eine Krankheit erworben hätte, der Schaden sich nur in geringem Umfang in der Erwerbsfähigkeit äußern würde.

So einige bemerkenswerte Stellen aus dem Gutachten. Mit Verlaub, Herr Dr. Peters! Sie sagen, der Mann ist mittelgroß. Was verstehen Sie darunter? Es ist doch sonst üblich, bei dem Gewicht die Größe in Centimeter anzugeben. Nehmen wir aber als Mittelgröße 165 bis 170 Centimeter an, dann kann der Mann bei 57 Kilogramm Gewicht nicht „gut genährt“ sein, denn nach der Gewichtstabelle soll bei einer Größe von 165 Centimeter der normale Mensch 62 Kilogramm wiegen und bei 170 Centimeter 67 Kilogramm. Dann wollen Sie, Herr Doktor, „reichlich ernährt“. Arbeitsschwellen gegeben haben. Das muß ein Irrtum sein. Der Mann geht keine Arbeit nach.

Weiter sagen Sie: „A. vermag sich aber mit leichter, klanger Sprache recht gut zu verständigen. Da können die Herren Professoren in der Düsseldorfischen Klinik, die den Mann auf Veranlassung des Gerichts untersuchen, über bedeutend schlechter hören, denn diese haben im Gegensatz zu Ihnen folgendes beschreibt:“

„Vor allem fällt jedoch ins Gewicht, daß der Mann sich ohne Frage für seine Umgebung nur äußerst schwer verständlich machen kann, was sich in der hiesigen Beobachtungszeit deutlich gezeigt hat. Er muss sich jedesmal bei dem Versuch zum Sprechen äußerst anstrengen, um begriffen zu werden, und zu diesem Zweck das Gesagte meist mehrmals wiederholen. Trotzdem muß man sehr genau Ohr haben und nah an ihn herantreten, um ihm nur zu verstehen.“ Diese Ärzte könnten auch die übrigen von Ihnen, Herr Dr. Peters, festgestellten Besserungsmerkmale nicht finden und haben sich für „Belastung der 100 Prozent Rente ausgesprochen, die dann auch von der Unfallkasse jetzt wieder gezahlt werden müssen.“

Herr Dr. Peters ist auch noch der Meinung, daß ein gleichartiger Berichter, der auf Unfallrente keinen Anspruch habe, nicht in gleichem Maße erwerbsbehindert sein würde. Mit anderen Worten: weil der Mann Unfallrente erhält, fehlt ihm der gute Wille zur Arbeit. Daran sieht man, was die Massengutachter von den Unfallverletzten halten und mit welchem Vorurteil sie ihnen gegenüberstehen.

## Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

### Ein Jubiläumstag im Buchdruckerverband.

Im März 1888 beschloß der Buchdruckerverband auf einer Sammelfeier Generalversammlung, die Verbandsleitung von Stuttgart nach Berlin zu verlegen. 10 Jahre vorher, als mit Verhängung des Sozialistengesetzes auch die Verfolgungen der Gewerkschaften einsetzen, flüchtete die Verbandsleitung des Buchdruckerverbandes mit ihrem Sitz von Leipzig nach dem freieren Stuttgart. Mit dem 1. September 1888 übernahm der jetzige Verbandsvorsitzende, Emil Mößlin, den Vorstand. Er feierte also an diesem Tage zugleich sein 25jähriges Amtsjubiläum, ein Ereignis, den wohl kein zweiter Verbandsvorsitzender bisher zu verzeichnen hat. Mößlin, der im vorigen Jahre seinen 50jährigen Geburtstag begehen konnte, kam Mitte 1878 nach Berlin, trat 1884 in die Berliner Tarifkommission ein und wurde am 1. Jan. 1887 Gewerkschafter in Berlin. Unter seiner umsichtigen Leitung hat der Buchdruckerverband in den 25 Jahren sowohl organisatorisch wie auch in der tariflichen Festlegung der Arbeitsbedingungen gewaltige Fortschritte gemacht. Bei dem Übergang der Verbandsleitung nach Berlin im Jahre 1888 waren 1188 Mitglieder in 587 Druckorten verhandelt und in allen drei Kassenvereinigungen hatte der Verband ein Vermögen von 916 892 Mt. Da der Verband nach dem verlorenen heroischen Reitkundenskampf im Jahre 1891/92 nicht in Trümmer ging, ist nicht zuletzt Mößlin zu verdanken. Die Wiederaufrichtung der Tarifgemeinschaft war im wesentlichen sein Werk. Tariflich erreichte die Gewerkschaft von 1888 an Lohnzehnungen von insgesamt 31 Prozent; Lohnzuschläge beziehen für anfamige 142 Orte. Für die Maschinenelektriker, die Drucker und die Stereotypen wurden wertvolle Spezialbestimmungen geschaffen. Die Arbeitszeit konnte wöchentlich um 4 Stunden verkürzt werden. 98 Prozent aller Gehilfen arbeiten zu tariflichen Bedingungen. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist auf 87 808 in über 1700 Druckorten gestiegen. Das Verbandsvermögen beträgt 10 512 897 Mark.

Mößlin hat in manchen für den Verband schweren und furchtbaren Zeiten in steter Entschlossenheit seinen Mann gestanden, und so wird dem in Gewerkschaftskreisen allgemein beliebten Gewerkschaftsführer auch an seinem Jubiläumstage der Glückwunsch zuteil werden: Mögen ihm noch viele Jahre segensreicher Tätigkeit beschieden sein!

### Die neuen Militärbauten nur für „christliche“ Arbeiter?

Die nachfolgend abgedruckte Gingabe des „christlichen“ Steinarbeiterverbandes, Bezirk Würzburg, legt Zeugnis davon ab, in welch unwürdiger Weise sich die „christlichen“ Verteile im Arbeitsverhältnis zu entzweitzen suchen. Das Sch

### Ein ausgewiesener Verbandstag.

Am 31. August trat der Verbandstag der Blumenarbeiter und Arbeitnehmer Deutschlands — natürlich ohne Blumenfränschen, der den Wald-, Biesen-, Wurz-, Windel-, Weinberg-, Weiden-, Weizen-, Mege-, Wasser- und Wollnarbeitern „christlich-nationaler“ Güte Glück und Freiheit bringt — in Neustadt im „roten“ Sachsenlande zusammen. Nach Eröffnung des Vorstandsbüros überreichte der „freundliche“ Lohalwirt dem Vorsitzenden folgenden Brief:

„Serr Ernst Füssel  
Gesellschaftshaus  
Neustadt i. Sa.  
An den Vorsitzenden  
des Blumenarbeiterverbandes  
Neustadt.“

Hiermit ersuche ich Sie höflich, die Versammlung zu schließen, da ich im Falle des heutigen stattfindenden Kornblumentags welcher ein patriotisches Fest zum Besten hülfsbedürftiger Veteranen ist, nicht dulden kann das Sie in meinen Latal mit roten Nelken angestellt sich aufzuhalten. Sie haben mich bei Bestellung in Unkenntnis gelassen und mir verschwiegen, daß Sie vom Gesangverein mit Lieber empfangen werden was den Patriotischen Sinn verleiht. Ich ersuche Sie deshalb zu schließen und die Nelken abzulegen um andern Fall Sie mich geächtet, schädigen und ich Ihnen für morgen das Zimmer verweigern muß.“

Hochachtungsvoll. Ernst Füssel.“

Als Herrn Ernst Füssel auf den Zahn gefühlt wurde, stellte sich heraus, daß er „höherer Gewalt“ gewichen. Der Bürgermeister und der Vorsitzende des Komitees (es war Kornblumentag im Ort und dieser bürgerliche Nummer spreche sich auf allen Straßen) hatten ihn mit der Drohung bedroht, daß das für den Abend vorgesehene Tanzfest in seinem Latal nicht stattfinden würde, wenn er die Leute mit den roten Nelken lassen würde. Und das in einem Ort, der zu einem roten Wahlkreise gehört und der nicht weit von Böhmen liegt, wo vor ein paar Jahren der Dresdener Gewerkschaftstag sein Fest auf dem Marktplatz abhalten konnte. Der Verbandstag verzichtete natürlich darauf, Herrn Füssel das Tanzvergnügen zu zerstören. Er verlegte sein Domizil in einen Nachbarort. Aber da er sich nicht an der Meldung auf den „patriotischen Sinn“ entschließen konnte, die roten Nelken abzunehmen, wurde sein Umzug zu einer hübschen Gegendemonstration. Eine gute Anzahl Kollegen vom Ort hatte sich als Gäste eingefunden und an die laufenden Bürger vor den Haustüren wurden fleischige rote Nelken verteilt. Außerdem fanden die Teilnehmer zu dem sonst auf Verbandstagen üblichen Ausflug. In Langburkersdorf konnten die empfindlich gestörten Verhandlungen ihre Fortsetzung finden.

### Ein Ab im gelben Sumpf.

Die neueste Erscheinung in der deutschen Arbeiterbewegung ist eine Spaltung der Gelben, so daß es schon wieder eine „Michtung“ und eine „Weltanschauung“ unter den deutschen Arbeitern mehr gibt, ein Beweis, daß die Dummheit innerhalb der deutschen Arbeiterschaft noch so groß ist, daß sie vorehungen willkt, falls ihre Dummheit versteckt würde. In Leipzig, wo vom 14. August ab der deutsche Mittelständetag stattfand, wurde eine Arbeitsgemeinschaft beschlossen zwischen dem Bunde der Landwirte, dem Zentralverband deutscher Industrieller und dem Reichsdeutschen Mittelständerverbande. Diese drei Berufsgremien haben nur eins gemeinsam: Kampf gegen die aufstrebende Arbeiterbewegung, und um diesen willkürlich führen zu können, bringen sie jedes andere Opfer, schließen sich auf Geduld und Verdröpft zusammen, während die Arbeiter sich in immer mehr „Weltanschauungsrichtungen“ zerstreuen. Die Pfeffer- und Salzsäde nahmen erst noch eine Resolution zum Schutz fremder Arbeit und eine andere gegen die Arbeiterkonservativen an, die nach ihrer Auffassung das Vaterland untergraben. Hierauf gingen sie mit steigenden Fahnen über zu Schweighoffer, Hahn und Wangenheim u. Co. Die Arbeiter lassen sich immer von neuem gegeneinander heben und doch läuft gerade ihnen eine Arbeitsgemeinschaft, d. h. eine Einheitsorganisation am notwendigsten. Trotzdem bestehen aber außer den freien Gewerkschaften, die über 2½ Millionen Mitglieder zählen, die päpstlich empfohlenen Berliner und die päpstlich nicht mehr gebrauchten M. Gladbach, die Blutapostolinnen-Gelben und Klatschmohn-Gelben, die Hirsch-Dunkerschen, die „Christlich-Losgängen“ und die „Christlich-nationalen“, sowie die Volkslige Berufssvereinigung. Jede Richtung hat eine besondere „Weltanschauung“, ein patentiertes „Christentum“, einen „Worbspatriotismus“ und eine „Faschinenheit“, wie sie die andere nicht aufweisen kann, und so zählt man sich dann um die Weltanschauung, während die Ausbeuter aller Konfessionen und Parteien praktisch handeln. Wie sehr es jetzt schon im Sumpf der Gelben steht, kann man aus dem „Duft“ folgenden Leibius-Briefes an die Gelbdaber der Gelben beurteilen:

„Wie Ihnen bekannt geworden sein wird, ist eine Spaltung in der gelben Arbeiterbewegung erfolgt. Die Berliner Vereine sind aus dem Bund Deutscher Werkvereine ausgetreten und wollen hinfür auch schärfer als bisher ihre von der Essener Richtung abweichenden Ideen zum Ausdruck bringen.“

Der Verlag der Zeitschrift „Der Bund“ beabsichtigt nunmehr, um den Ruh in der gelben Arbeiterbewegung nicht zu groß werden zu lassen, eine zwischen beiden Richtungen der deutschen Werkverkehrsvereinigung vermittelnde Haltung einzunehmen, und gewissermaßen unparteiisch zu bleiben. Wir wollen also in Zukunft über beide Richtungen objektiv berichten, und sojunkt den „Bund“ nicht einer Richtung allein zur Verfügung stellen, sondern versuchen, der gemeinsamen Werkverkehrsvereinigung, die beide Richtungen umfaßt, zu dienen. Diese vermittelnde Tätigkeit des „Bund“ erscheint uns so angebrachter, als wahrscheinlich die radikale Berliner Richtung sich ein eigenes Kampforgan schaffen wird.

Wir fragen hiermit ergeben an, ob Sie mit dieser vom „Bund“-Verlag für die Zukunft geplante Redigierung des Blattes einverstanden sind, oder ob Sie uns andere Vorauslage in dieser Beziehung machen wollen. Da der „Bund“-Verlag das Blatt nicht für sich selbst, sondern für seine Leser herstellen läßt, so sind wir gern bereit, uns nach dem Wunsche unserer Freunde zu richten.“

Hochachtungsvoll!

Verlag des „Bund“: Rudolf Leibus.

Nachricht: Wir teilen Ihnen bei dieser Gelegenheit ergeben mit, daß Herr Redakteur Geissler nicht mehr in unseren Diensten ist. Zugleich warnen wir Sie dringend, mit dem Herrn in weiterer Verbindung zu bleiben. Herr Geissler hat sich einen so schweren Vertrauensbruch zuschulden kommen lassen, daß er trotz seiner ungemeinlichen Begabung auf immer für die deutsche Arbeiterbewegung erledigt ist. Wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, wird Herr Geissler auch vom Bund Deutscher Werkvereine nach Ablauf seines Amtstellungsvertrages, d. h. in 5 Monaten, fallen gelassen werden.“

### Die „christlichen“ Gewerkschaftskartelle im Jahre 1912.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands bringt in seiner letzten Nummer zum ersten Male eine Aufstellung der „christlichen“ Gewerkschaftskartelle, die einzig brauchbares Material enthält. Die klaren erschöpfenden Statistiken und die Erklärungen hierzu, wie sie die Generalkommission der freien Gewerkschaften über die Kartelle jedes Jahr veröffentlicht, könnten der „christlichen“ Zentralleitung als Beispiel dienen, wie solche wichtige Institutionen der Gewerkschaftsbewegung literarisch und für die Öffentlichkeit zu bearbeiten sind. Die „christlichen“ Kartelle sind nach dem Muster der Kartelle der freien Gewerkschaften aufgebaut. Wo wären auch heute die „christlichen“ Verbände, wenn sie sich nicht mit ihren inneren Gewerkschaftseinrichtungen an die der freien Gewerkschaften anschließen? Sie haben sich hier zu eigenen gemacht die Technik, den inneren Aufbau der freien Organisationen, sie übernahmen die Beitragszahlung, führten bei sich das gleiche Vertragsmännerystem ein, leierten vom Finanzgebaren der freien Gewerkschaften, ahmten deren Unterstützungsanstalten nach und gründeten nach Muster der freien „christlichen“ Gewerkschaftskartelle. Dafür dankten sie, wenig fröhlich, mit Verleumdungen, Berßplitterung, Denunziationen, Streitbrüder usw.

Über den Umfang und die Stärke der „christlichen“ Gewerkschaftskartelle berichtet das „Zentralblatt“ folgendes:

Im Jahre 1911 waren 245, im Berichtsjahr 282 Kartelle vorhanden; von diesen jaudten 14 Kartelle ihre Berichte nicht ein. Den berichtenden Kartellen waren 1912 (1911: 212) Zahlstellen angeschlossen. Trotzdem die Zahl der Zahlstellen, die sich den Kartellen anschlossen, um 791 zunahm, stieg die Zahl der kartellierten Mitglieder nur von 228 729 auf 233 700! Von 350 930 Mitgliedern, waren 68,5 Prozent der Kartellen angegliedert. Von den Bergleuten sollen 52 215 oder 17 Prozent, von den Textilarbeitern 27 620 oder 69 Prozent, von den Metallarbeiter 35 433 oder 83,8 Prozent, von den Bauarbeiter 30 202 oder 68,8 Prozent der Gesamtmitgliedschaft den Kartellen angeschlossen

sein. Die Biffern, die die Bergarbeiter angehen, sind mit Misstrauen aufzunehmen. Am Stuhlboden sind fast alle Zahlstellen des „christlichen“ Gewerkschaftsverbandes den Kartellen angeschlossen, ebenso im Sachsen-Revier, im Saarrevier sind es die meisten und gewiß auch im Adlauer Revier. Dann gehören „christliche“ Bergarbeiterzahstellen den Kartellen in Alt-Wasser, Kettwitz, Danzham, Siegen und an anderen Orten an. Wo da die 24 773 Bergleute herkommen sollen, die „christlich“ organisiert sind, aber nicht den „christlichen“ Kartellen angehören, ist um unbegreiflich. So bleibt schon bei den oft wiederholten Feststellungen, daß der Gewerkschaftsverband „christlicher“ Bergarbeiter seine Mitgliedszahlen zu hoch angibt.

Wir erfahren aus der Statistik (Ortsabstellen), wenn auch lückhaft, auf welche Landstriche sich die „christlichen“ Gewerkschaften verteilen. So sind in der Rheinprovinz von den „christlichen“ Gewerkschaftsmitgliedern rund 90 000 und in Westfalen rund 65 000 den Kartellen angeschlossen; auf die übrigen preußischen Provinzen entfallen folgende Biffern: Hessen-Nassau 4811, Hannover 6341, Provinz Sachsen 1350, Brandenburg 6150 (wovon allein in Berlin 5075), Schlesien 3335, Westpreußen (Danzig) 3760, Bremen 936, Ostpreußen 763, Pommern 499 und Schleswig-Holstein 121. In ganz Preußen geloben 182-188 000 „christliche“ Gewerkschaftler den Kartellen an. Bayern mit der Pfalz zählt rund 32 000, Baden 4800, Königreich Sachsen 2000, Elsaß-Lothringen 2000, Württemberg 3500, Hamburg 2443, Hessen-Nassau 1100, Bremen 673, Braunschweig, Thüringen, Alt-Holstein, Oldenburg, Mecklenburg insgesamt rund 1000 kartellierte Mitglieder. Wenn diese Mitglieder auch nur zwei Drittel der Gesamtmitgliederzahl ausmachen, so zeigt doch ihre Verteilung, wo die „christlichen“ Gewerkschaften von Einklang sind und wo nicht.

Nach der Aufstellung des „christlichen“ Zentralblatts sollen fünf Kartelle von je 10 000-15 000 Mitgliedern vorhanden sein. Ein Kartell wird sogar mit über 15 000 Mitgliedern ausgeführt. Diese Zahl kannen innozipieren, wenn sie sich auf einzelne Städte und höchstens deren nächste Umgebung erstrecken. So wird Dortmund mit 10 001, Gelsenkirchen mit 12 211, Essen mit 17 811, Münster mit 12 582 und Saarbrücken mit 14 722 Mitgliedern angeführt. Es handelt sich hier aber um sogenannte Bezirkskartelle, denen eine große Anzahl Unterstelle aus naher und weiter Umgebung angegliedert ist. Den drei erstgenannten Bezirkskartellen gehören ca. 25 Unterstelle der größeren Städte und Ortschaften des Ruhrgebiets an. Ein Dutzend Kartelle haben sich zu einem Bezirkskartell Saarbrücken zusammen geschlossen, daher die großen Zahlen. Nicht einmal Köln hat 10 000 Mitglieder. Die Stadt Berlin, Frankfurt a. M., Chemnitz, Hannover, Bremen, Köln, Breslau, Magdeburg, Stettin und Düsseldorf weisen 118 280 kartellierte freie Gewerkschaftsmitglieder auf, überhaupt waren von den freiorganisierten 2 580 000 Gewerkschaftlern 1912 2 339 571 Mitglieder den Kartellen angeschlossen, ein weit höherer Prozentual (ca. 90 Proz.) wie bei den „christlichen“. Sie zählen auch mehr wie die „christlichen“ und leisten vor allen Dingen mehr, wie sie auf allen Gebieten des Gewerkschaftslebens, sowohl die Arbeiterinteressen Deutschlands gewahrt sind, den Gewerkschaftschriften weit voran sind. So betragen die gesamten Einnahmen der freien Gewerkschaftskartelle 1 976 292 Mt. und bei den „christlichen“ 104 946 Mt.; die Ausgaben bei den freien Kartellen 1 787 088 Mt., bei den „christlichen“ 65 400 Mt.; die Ressourcen bestanden bei den freien Kartellen 1 034 025 Mt. und bei den „christlichen“ 59 000 Mt.

Rechnen wir noch hinzu, daß die freien Gewerkschaften in Deutschland im Jahre 1912 80 233 575 Mt. vereinahmen, 61 105 875 Mt. verausgaben und einen Vermögensbestand von 80 707 786 Mt. hatten, während bei den „christlichen“ Gewerkschaften diese Posten 6 008 350, 5 222 727 und 8 573 658 Mt. betrugen, dann tritt er recht die gewaltige Bedeutung der freien Gewerkschaften über die „christlichen“ klar hervor. Und so wird es auch bleiben, da es ja gar nicht anders sein kann, als daß die deutschen Arbeiter ihr Vertrauen den freien Gewerkschaften, als ehrliche, zielbewußte Arbeitervertretung, entgegenbringen.

### Aus der Genossenschaftsbewegung.

Der „goldene Mittelweg“ der Deutschen Volksversicherung U.-G.

In der Berliner „Staatsbürger-Zeitung“ und verwandten Blättern erschien vor kurzem ein längerer, stark tendenziös gefärbter Artikel unter der Überschrift: „Die Tarife der Deutschen Volksversicherung U.-G.“, in dem die Tarifpolitik dieser Gesellschaft im Vergleich zur „Volksfürsorge“ und „Offiziell-Mechtlichen“ über den grünen Allee gepriesen wurde, weil sie angeblich den „goldenen Mittelweg“ zwischen den beiden genannten Konkurrenzunternehmen eingeschlagen und damit die Überlegenheit ihrer Leistungen dauernd gesichert habe. Ausgehend von dem ganz richtigen Grundsatz, daß in der Lebensversicherung die längstehenden zugunsten der fröhligsten Sterbenden erhebliche finanzielle Opfer bringen müssen, die befreiungswise gerade in den minderbemittelten Volkskreisen zu den häufigsten Alters Anlaß geben, daß aber für diese Opfer ein Ausgleich geschaffen werden muss in Form einer angemessenen Dividende, wird die selbstverherrliche Behauptung aufgestellt, daß die „Deutsche Volksversicherung“ diesem Grundsatz vor allen anderen Gesellschaften in der vor trefflichsten Weise Rechnung getragen habe, während die „Offiziell-Mechtlichen“ das Schwergewicht lediglich auf hohe Versicherungssummen ohne Rücksicht auf Gewinnbeteiligung, die „Volksfürsorge“ dagegen allzu sehr auf die Verteilung einer möglichst hohen Dividende, wodurch die Versicherungssummen herabgedrückt würden, gelegt habe.

Dass die „Offiziell-Mechtlichen“ mit ihren hohen Tarifsummen ein sehr gewisseliches Experiment gewagt haben — besonders wenn man an das flagrante Ende der Versicherungsanstalt für Deutschland in Düsseldorf denkt, die bekanntlich mit denselben Grundzügen ins Leben trat — ist eine Tatsache, die bereits allgemein in der Lebensversicherung die fröhligsten Sterbenden erheblich finanzielle Opfer bringen müssen, die befreiungswise gerade in den minderbemittelten Volkskreisen zu den häufigsten Alters Anlaß geben, daß aber für diese Opfer ein Ausgleich geschaffen werden muss in Form einer angemessenen Dividende, wird die selbstverherrliche Behauptung aufgestellt, daß die „Deutsche Volksversicherung“ diesem Grundsatz vor allen anderen Gesellschaften in der vor trefflichsten Weise Rechnung getragen habe, während die „Offiziell-Mechtlichen“ das Schwergewicht lediglich auf hohe Versicherungssummen ohne Rücksicht auf Gewinnbeteiligung, die „Volksfürsorge“ dagegen allzu sehr auf die Verteilung einer möglichst hohen Dividende, wodurch die Versicherungssummen herabgedrückt würden, gelegt habe.

Zuletzt nach dem Zusammenbruch des Schachtes auf der genannten Seite, hatten wir Gelegenheit, Einsicht in die neuen Bilder der Kammeraden auf der Seite Preußen, Cluj bei Minden in Arbeit.

In Schleswig-Holstein und der Stadt Minden ist der Haupt-Knappelschaftsverein in Clausthal an und für jede Preußen, Cluj ist der Minden-Ravensbergische Knappelschaftsverein zuständig. Die Kammeraden müssten also nach § 172c des preußischen Berggesetzes ohne Rücksicht auf ihr Lebensalter mit ihrem vollen Dienstalter aus dem Clausthaler Verein übernommen werden.

Beim Eintritt in die Arbeit auf Zeche Preußen, Cluj legten auch alle Kammeraden ihr Knappelschaftsstatut als Ausweis über ihre Mitgliedschaft in Clausthal ausgeschieden. Arbeiter fällt natürlich auf die Knappelschaftsseite. Nach den unläufigen publizierten Daten des statistischen Bureaus der Knappelschaftsindustrien waren in der Knappelschaftsindustrie insgesamt Arbeiter und Angestellte beschäftigt: 1. April 1907: 48 292, 1. Juli 1908: 42 897, 1. September 1909: 38 000, 1. September 1910: 34 800, 1. September 1911: 33 084 Personen, d. h. in vier Jahren eine Verminderung um 15 230 Personen.

Das ist eben der unerreichbare Vorgang der „Volksfürsorge“ vor allen anderen Gesellschaften und gerade durch diesen Vorgang wird sie einen bedeutend größeren Betrieb, eine Ersparnis an Verwaltungskosten und mithin einen höheren Gewinn erzielen, der bekanntlich ungünstiger ist wieder den Verteilerten ausgleicht.

Aus diesem Grunde wird sie auch mehr leisten können als die Deutsche Volksversicherung, abgesehen von den älteren Jahren, wo die etwas höheren Versicherungssummen der letzteren noch nicht durch die günstigere Gewinnbeteiligung bei der „Volksfürsorge“ überwölbt worden sind. Aber der weitaus größte Teil aller Versicherungen wird ja auch nicht in den ersten Jahren fällig — bekanntlich erleben sogar vier Fünftel sämtlicher Versicherer den Endtermin der Versicherung — und dann reichen die Leistungen der „Deutschen Volksversicherung“ nicht im entferntesten an die der „Volksfürsorge“ heran. Schließlich ist doch nicht die Leistung am Anfang einer Versicherung, sondern die durchschnittliche während der ganzen Dauer ausschlaggebend für das Urteil über die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft. Man sieht also: mit dem „goldenen Mittelweg“ der „Deutschen Volksversicherung“, die stark zu den selben Tendenzen wie die von ihr selbst verurteilten „Offiziell-Mechtlichen“ neigt, ist es nicht so weit her, wie in dem Artikel der „Staatsbürger-Zeitung“ dramatisiert wird.

### Internationale Rundschau.

Die Streitwelle im Naphta-Rayon Baku.

Am 20. Juli (neuen Stils) brach in den in Baku gelegenen Naphta-Werken der Mohschild-Gesellschaft ein ökonomischer Streit aus. Die Hauptforderungen sind: Erhöhung der Lohn- und Wohnungsgelder, Bildung von Fabrikkommissionen zur Vertretung von Arbeiterinteressen u. a. m. Wie zu erwarten war, folgten diesem Beispiel auch die Arbeiter der übrigen kleineren und größeren Firmen. Am 30. Juli überreichten die Arbeiter der Firma Brüder Nobel (mehr als 10 000) die Direktion gleichlautende Forderungen. Falls bis zum 11. August die Arbeiter keine befriedigende Antwort erhalten, so wollen sie ebenfalls streiken. Von den kleineren Firmen, in denen zurzeit die Arbeiter im Streik stehen, in die Firma „Raukus“ zu nennen, bei welcher am 31. Juli circa 800 Arbeiter den Streik erklärt, weil die Firma sich weigerte, die Forderungen zu erfüllen. Am 8. August stellten circa 8000 Arbeiter weiterer Firmen ökonomische Forderungen und die Arbeit wurde in fünf Firmen mit 800 Arbeitern eingestellt.

Obwohl die Streikenden der Polizeibehörde kleinen Anlaß geben, mit ihrer brutalen Macht sich einzumischen, sind die Naphtawerke unterstützten verstärkte Polizeitruppen zu Werde. Die Lage in den Mohschild-Werken ist infolger verhindert, als die Ortsverwaltung der Werke nicht kompetent ist, die Frage zu lösen, sondern von dem Reichsamt der Direktion in London und Petersburg abhängig ist. Die Firma verausgabt täglich des Streits wegen nur für die Telegramme allein 580 Rubel und erwartet, daß durch die Arbeitszeitstellung täglich circa 80 000 Rubel Verluste. Am 30. Juli erschien in den Werken der Stellvertreter des Stadtkommandanten und versucht vergebens, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Der Direktor der Werke machte den 26. Bevollmächtigten der Streikenden bekannt, daß die Hauptforderung — die Bildung von Arbeiterkommissionen in den Werken, sowie die Forderung, für die Erfüllung der Streitfrage den Lohn auszuzahlen, unerfüllbar seien. Da die die Erfüllung der übrigen Forderungen vertraglich er Sorge zu tragen, falls die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen. Die Arbeiter verharren aber auf der Erfüllung aller Forderungen und seiner ginge zur Arbeit.

Der gegenwärtige Streit hat in den Unternehmertümern große Aufregung hervorgerufen. Seit 1907 halten die Unternehmertümern, denn die Arbeiter waren zu schwach und die Verhältnisse zu ungünstig für einen erfolgreichen Kampf. Diese Jahre waren die Jahre des Naphtahandels und der Verstärkung der Naphta und Napthalprodukte. Für die Arbeiter waren es die Jahre, die sich immer mehr verschärften. Nach dem Ersten Weltkrieg, die Arbeitslosigkeit und verschärften Hungers. Jedes Jahr warf immer neue Scharen Arbeitsloser auf die Straße. Welche Umwandlungen sich in den letzten Jahren im Naphtataxon vollzogen haben, erkennt man aus den Daten der Fabrikinspektion über die Zahl der beschäftigten Arbeiter. Es standen unter der Aufsicht der Fabrikinspektion im Gouvernement Baku zum Edikt des Jahres 1907: 56 549, 1908: 52 971, 1909: 47 086, 1910: 41 072, 1911: 38 252 Arbeiter.

Im Laufe von vier Jahren hat sich also die Zahl der Arbeiter um 18 296 verringert, d. h. um circa ein Drittel. Die Hauptmasse dieser Arbeiter aus

Der angeführte § 21 enthält eben die Voraussetzungen der gesundheitlichen Erfordernisse für erstmalig in einen Knappenschaftsverein Eintrittende. Für den Antragsteller als übernommenes Mitglied kommt § 22 der Satzung in Frage, der dem § 172c des Berggesetzes entspricht. Aber auch der § 22 der Satzung des Minden-Ravensbergischen Vereins ist ein Unisono sondergleichen. Es heißt da im zweiten Absatz:

"Bleibt zwischen dem Ausscheiden aus der der Mitgliedschaft in dem bisherigen Vereine begründenden Beschäftigung im Bergbau oder einer Zeitraum von mehr als 8 Monaten, so ist die Übernahme in die Rentenkasse außerdem an die im § 20 Abs. 1 aufgestellte Voraussetzung gebunden."

Welche Voraussetzung enthält nun der § 20 Absatz 1? Er lautet folgendermaßen:

"Diejenigen Arbeiter und Beamten, welche gemäß § 8 der Krankeklasse als Mitglied angehören, werden augleich ohne Antritt Mitglieder der Rentenkasse, wenn sie: 1. das 18. Lebensjahr vollendet und das 40. Lebensjahr nicht überschritten haben."

Jeder eingetragene mit dem Knappenschaftsverein Vertrüte wird sofort erkennen, daß das ja Unisono ist. Was soll denn die lebhafte Bestimmung mit der ersten, die die Übernahme aus anderen Verhältnissen regelt, zu tun haben?

Der § 4 der Satzung bestimmt die Berechnung, Festsetzung und Auszahlung der Renten von den Gewerken, die aus anderen Knappenschaftsvereinen übernommen sind, und besagt:

"Wird ein in Genügsamkeit des § 28 übernommenes Mitglied Invalidus?" usw.

Es wird also hier auf den § 28 verwiesen und dieser lautet wie folgt:

"Für die beitrittspflichtigen Mitglieder beginnt die Mitgliedschaft mit dem Zeitpunkt, indem sie den in § 21 Abs. 1 oder § 23 aufgestellten Voraussetzungen entsprechen, auch wenn die vorgeschriebenen Bescheinigungen über Alter und Gesundheit erst später beigebracht werden."

Also wieder ein Hinweis auf einen Paragraphen, der gar keine Verbindung mit dem hinzweisenden Paragraphen hat, somit ein neuer Unisono ist. Aber auch im § 28 ist ein klarer Unisono. Am § 28 wird auf die im § 23 aufgestellten Voraussetzungen über Beginn der Mitgliedschaft hingewiesen und der § 28 enthält solche Voraussetzungen gar nicht!

Ein solches Musterstatut für Unisono erinnert uns lebhaft an die Berechnung des "christlichen" Gewerbevereins, und es ist begreiflich, daß sich selbst da der Vorstand nicht mehr zurechtfindet. Noch drossiger aber ist das dieses Musterstatut vom Statut vom Königlichen Oberbergamt in Dortmund bestätigt ist! Die Herren haben also bei Unisono verstanden! Nun, vielleicht gelingt es uns, auch dem Vorstand des Minden-Ravensbergischen Knappenschaftsvereins in dem anhängig gemachten Verfahren einiges Verständnis über die Pflichten eines Knappenschaftsvereins und die Rechte seiner Mitglieder beizubringen und vielleicht wird dadurch in das Statut auch etwas Sinn und Ordnung gebracht.

## Mißstände auf den Gruben.

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Bege Krenberg Fortschreibung. Nach dem Streit vom vorigen Jahr entstand die Beobachtung den Bischof von Bottrop nach Dülmen, um am Grab des hl. Bonifatius "christliche" Arbeitsvölker anzutreffen, aber dieser streitchristliche Bischof hatte wenig Glück und zum andern sind die Missstände derart, daß die Leute kaum einen Monat aushalten. Selbst der Magazinverwalter sagt den neu anfangenden Arbeitern: "Das Gezäpfte ist gut genug für einen Monat, länger bleibt Ihr doch nicht hier." Seiflatsordnung kennt man überhaupt nicht. Fahrmarken hat man anfertigen lassen, aber keiner nimmt sie an und keiner gibt sie aus, weil man dort nichts dafür bezahlt. Will einer seine Notdurft verrichten, muß er im ganzen Bau herumlaufen, ehe er einen leeren Kübel findet, weil die meisten monatelang voll stehen. Die meisten Geister und Nebenarbeiten werden von der Firma Steinhause ausgeführt, auf deren Versprechungen die Arbeiter hereinfallen. Agenten versprechen den Leuten 8, 9 und 10 Mark, und wenn sie mal da sind, dann gibt es Löhne von 6,00 Pf. und darunter. Beschwert sich der Arbeiter über schlechtes Gobine, dann wird er von einer Stelle zur andern geschickt, der Betriebsführer will dann nichts damit zu tun haben, auch der Unternehmer nicht. Dieser sieht bloß am Schalter und schreibt die Leistungen auf, und fragt jemals nach seinem Verdienst, so weiß davon keiner etwas.

Bege Centrum. Die Verwaltung dieser Bege schlägt uns auf die Zoll in Nr. 34 folgende Berichtigung: Es ist nicht richtig, daß an der Stelle, wo der Unfall geschah, sofort ausgebaut wurde; richtig ist vielmehr, daß die Unfallstelle zunächst von einem bergbehördlichen Vertreter befahren und nach der behördlichen Befahrung neu ausgebaut wurde. Es ist ferner nicht richtig, daß die Stöze in der Nachtstrecke immer einbrechen und die Fristen immer ausschlägt, und daß große Stellen in der Strecke vorhanden sind, wo kein Ausbau ist, so daß größte Gefahr für ein Herausbrechen der Fristen und Stöze besteht; richtig ist, daß die Nachtstrecke an allen hierfür erforderlichen Stellen ordnungsmäßig ausgebaut ist und daß mit dem Ausbau und der Reparatur dauernd fortgeführt wird. Es ist endlich nicht richtig, daß fast kein Zug der maschinellen Förderung durchkommt, wo der Maschinen nicht gezwungen wäre, die Steine von der Wagen zu entfernen; richtig ist, daß die Motormotoren nur einige Male im Laufe des Jahres Steine von den Schienen entfernt haben, wie dies in jeder ordnungsgemäß ausgebauten Strecke vorkommt.

Bege Ludwig. Wer trägt die Säufel? Am 1. September verunglückte hier der Bergmann Gottgetreu. Er hatte Schienen auf den Korb gesetzt und fuhr mit dem Korb nach seinem Ort. Im Bremsberg riss das Seil, der Korb stürzte in die Tiefe und der Arbeiter erlitt so schwere Verletzungen, daß er auf dem Transport zum Krankenhaus starb. Hier wird von Gegnern der Arbeiter zweifellos gesagt werden, daß die Schuld am Arbeiter selbst liegt, da ja das Fahrt am Seil in den Bremsbergen verboten ist. Aber so einfach ist die Sache nicht. Wie man uns mitteilt, liegt der Fahrtverbot vollständig zu Bruch und die Arbeiter müssen den Zug durch den Bremsberg nehmen. Um keine Zeit zu verlieren, wird eben gleich mit dem Korb hergeschafft, da ja jede Minute kostet. Würde die Beobachtungsführung Schienen, Holz und anderes Material an Ort und Stelle schaffen lassen, dann bräuchte sie nicht die Arbeiter in die Gefahr, die Knoten riskieren zu müssen. Das Sparprinzip trägt also die Schuld. Vielleicht Unwillen erregt es auch, daß die Verwaltung am Samstag zum Lohnränge keinen Arbeiter vor Anfang der Auslösung auf den Bechenplatz ließ. Zug die Maßnahme dienen soll, ist uns ein Rücksicht. Das Gedränge und der Wille, der erste zu sein, ist erklärlich, da doch eine einzelne Arbeiter von auswärts kommen und diese, wenn sie längere Zeit warten müssen, entweder ohn' Mittag zu essen anfangen müssen, oder die Säufel verzögern. Also auch hier liegt es mit an der Beobachtungsführung, selbst wenn die Zustände nicht so sind, wie sie es gern hätte. Andererseits kann die Gewohnheiten der Beobachtungsbeamten und passen sie den Zeitbedürfnissen an, dann werden die Klagen verschwinden.

Bege Saal. Die Beobachtung reagiert ihre Hauptaufgabe darin zu erledigen, zu berichten, daß sie unter ihrer Beobachtung kein böser Beträger erkennt, anders sind die in letzter Zeit erfolgten Kündigungen einzelner Kameraden nicht zu berichten (wurden doch vier Beträger kurz nacheinander das Kloster Eldorado Sachsen infolge Kündigung verlassen). Bei diesen Kündigungen macht man nun sonderbare, auf anderen Zeichen nicht übereinstimmende Erfahrungen. Wo auf allen Zeichen die Kündigungen direkt den Betriebsführer erfolgen, ist es auf diesem Punkt der Kau an einander, welcher den Kameraden die Kündigung anzeigen. Man weiß daher nicht, ob man diesen Kameradenvater als solchen oder als zielstreitenden Betriebsführer anzusehen hat. Solche Leidenschaft der Fall sein, so wäre es angebracht, daß den Arbeitern der Bege Sachsen durch Anschlag bekannt gemacht würde, daß die Beobachtung als Kameradenvater von diesem Mann im Rebenamt ausgeführt würde, er im Hauptamt jedoch Betriebsführer ist. Trotzdem die Beobachtung nur einige handviele Mann beträgt, fehlt es in der Kameradschaft an der notwendigen Aufmerksamkeit, denn wie sollten sonst die toten Kästen in die Stiefel der Kameraden kommen? Weiter mag die Beobachtung ihren Vorlieben der Mansfelder Gesellschaft, in der Rückbildung der Gelben alle Ehre, nicht allein, daß jeder Arbeiter in nicht missverständlicher Weise gezwungen wird, dieser gelben Uniformsträger beizutreten, wurde neuerdings noch durch Anschlag bekannt gemacht, daß in nächster Zeit die jetzt im Bau befindlichen Stollenhäuser bezogen werden sollen, allerdings nur von solchen Arbeitern, welche auf nationalen Boden stehen. Die Kästen-

raden dieser Stellen tragen selbst die Schuld, daß derartige Verhältnisse eingerissen sind. Hätten dieselben bei Beginn der Abteufungsarbeiten ihre Ehre darin gesetzt, neben ihrer Verantwortung der Ausbreitung ihrer Organisation ihre ganze Kraft zu widmen, wäre es der Verwaltung nicht möglich gewesen, in der jetzigen Weise in der Rückbildung der Gelben auf ihre Weisung einzutreten. Aber nur genauso wie es uns noch überall gelungen ist, durch zähe und unterbrochene Ausbreitung unserer Organisation immer mehr Boden zu gewinnen, wird es uns auch auf diesem Punkt möglich werden, trotz der jetzt noch bestehenden Zustände.

Bege Westerholt und Bergmannsgürtel. Das Strafgesetz steht hier in vollster Vollz. So wurde im Revier 10 der Bege Westerholt vor kurzem eine Kameradschaft von acht Mann mit je 8 Mark bestraft, weil sie nach Ansicht des Steiger Schwarzwald zu lange "gebuttet" hatte. In Westerholt hatte die Brotpause keine halbe Stunde gedauert. Auf Betriebswerke über diese hohe Strafe für jeden Kumpel je 8 Mark, zusammen 80 Mark, äußerte sich der Fahrtleiter Hollmeyer, daß die Strafe bestehen bleibe, weil auch nach seiner Ansicht die Kameraden zu lange auf der Höhe sich herumgebrückt hätten. Es wäre besser, wenn sich der genannte Steiger besser um die Abwesenheit kümmerte, damit die Kumpels nicht im ganzen Revier unnötig die Zeit verlaufen müssen, um ihre Rüstung bereit zu können. Auch könnte bei der Seifahrt etwas besser darauf geachtet werden, daß nicht auf einmal 4-5 Körbe Nummern verlesen würden, bevor noch der erste Korb abfahren soll. Bei dieser Gelegenheit wird die größte Andeutung betrieben. Das Über- und Nebenschichtverfahren ist auf Westerholt sowie auf Bergmannsgürtel eine ständige Gewohnheit, aber beim Lohn bleibt viel zu wünschen übrig. Löhne von 5,50 Pf. für Kohlenhauer bei der flotten Konjunktur sind keine Seltenheit, dagegen wird aber jede Kleinigkeit bestraft, so daß es an der Zeit ist, bald einen größeren Maßstab aufzuhängen, der all die Strafzettel fassen kann. Strafen bis zu 8 Mark wegen Förderns unreiner Kohle und Mindestmaß und bis zum ganzen Schichtlohn wegen willkürlichen Feiern werden verhängt.

Bege Adolf von Hansemann. Wenn man sich das schwarze Brett oder die Strafplatte besicht, so ist man förmlich erstaunt, wegen was nicht alles gestrafen wird. Hier einige Auszüge: Wegen frechen Beleidigungen gegen einen Vorgetretenen, wegen zu frühen Schichtmachens, weil der Pferdejunge zu spät einspannte, weil er seinen Vorgetretenen belog, weil er seinen Vorgetretenen auf der Straße entzeppte usw. Man könnte ein ganzes Megister aufstellen, vor allen Dingen die ungeheuren Strafen wegen willkürlichen Feiern. Und was wird unter willkürlichen Feiern nicht alles verstanden! Hat man sich schon abgemeldet oder als stark entzündigt, ganz einerlei, man hängt trotzdem im Kasten wegen willkürlichen Feiern. Vor allem straft der Steiger des Reviers 15 besonders viel. Ist jemand zu Unrecht bestraft und man meidet sich bei dem Herrn, wird man meistens doch abgewiesen. Dieser Grund ist es wohl hauptsächlich, daß gerade in diesem Revier der Arbeiterwechsel so stark ist. Im vergangenen Monat scheiterten aus diesem Revier 40 Mann ab. Dann wundert sich der kleine Mann, daß er keine guten Arbeiter behält!

Bege Matthias Stinnes III und IV. Wie es hier den armen Leuten ergibt, die ihre Knochen im Dienste des Kapitals geopfert haben, tonnen jüngst ein Unfallsatze erfahren, die sich beim Betriebsführer melden müsste und von diesem an einem Stapel, der von der 6. nach der 7. Stube abgetrennt wird, zum Bremsen und Steinwagenbeschicken bereit ist. Als der Mann sich nach der ersten Schicht beschwert, daß er die Arbeit nicht aushalte, erhält er die Antwort: "Die Arbeit können Sie machen, nur wollen Sie nicht. Ich habe keine andere Arbeit für Sie." Als der Mann entgegnete, daß er mit einem Oberhafenleiter seine Steinwagen fortfördern könnte, sagte der Betriebsführer: "Sie ziehen doch keinen Steinwagen mit den Oberschenkeln ab, sondern mit den Händen!" Wenn, Herr v. d. Linden, aber dazu gehört doch Kraftanwendung, die ohne Mithilfe der Beine wohl auch Sie nicht entfalten können. Schließlich gab er noch zu verstehen, daß der Mann vielleicht auch etwas schuld an seinem Unfall sei. Das ist der Lohn dafür, wenn ein Arbeiter seine Knochen zu Markte getragen will. Kann er die Arbeit nicht mehr verrichten, mag er sehen, was er bleibt, bis er müde abstießt. Ein Arbeiter, der der Bege keine Schuldigkeit getan, der Mahr kann gehen!

### Oberbergamtsbezirk Bonn.

Bege Friedrich Heinrich (Unifort). Unhaltbare Zustände herrschen hier bei der Löhnung. Die Auszahlung der Nachtschicht dauert gewöhnlich bis die 9 Uhr, weil sich viele von der Mittagschicht davonspringen. Es müßte dafür gesorgt werden, daß die Mittagschicht so lange zurückbleibt, bis die Nachtschicht entloht ist. Das Auszählen selbst könnte auch etwas sanfter vorstaken geben. Die Lohnbücher werben auf der Steigerstube wie Kraut und Rüben durcheinander, geworfen, denn anders ist es nicht zu verstehen, wenn verschiedene Leute von einem Schalter zum andern gehen müssen, ehe sie ihr Lohnbuch erhalten. Hier könnte mehr Ordnung geschaffen werden. Auf anderer Seite hat man Anordnungen geschaffen, die direkt zur Schikanierung führen. Stützane 8. V. ist es, wenn die Kontrollen bei der Nachtschicht nur eine halbe Stunde und die Lampen nur bis eine Viertelstunde vor Beginn der Seifahrt ausgegeben werden. Es ist ein Widersinn, daß die Leute so früh auf der Bege erscheinen und dann bis zum Beginn der Seifahrt in der Waschstube oder am Schicht herumliegen müssen.

Bege Jägersfreude. Bei dem Unternehmer, der auf Grube Jägersfreude Ortsarbeiter in der Grube ausführt, verunglückte am 30. August in der Frühzeit im Querschlag, der Jägersfreude nach dem Michaelsschacht Dudweiler der Hauer W. U. n. so schwer, daß er kaum mit dem Leben davonkommen. Leider war die vorhandene Tragbahre auf der "königlichen" Mustergrube faul, so daß der Schmied verletzt durchfiel! Die neue Tragbahre dagegen war eingeschlossen. Der gerade anwesende Marktmeister Wachtmüller übernahm seinen Mantel, um den Verunglückten — vor der dort herrschenden Kälte — zu schützen. Der Verunglückte wurde sogar in einem leeren Kohlenkippwagen unter heftigen Schmerzen zum Schacht transportiert. An dem Hebeschacht wurde er aus dem Wagen herausgehoben und mußte, auf dem Gerüste stehend, autage gefördert werden. Nicht einmal am Förderstahl konnte ein Kranenwagen zur Stelle sein.

### Königreich Sachsen.

Auf dem zum Steinholzbergwerk Gottesgegen in Augau gehörigen Kaiserin Augustas Schacht haben zwei brave Kameraden ihr Leben lassen müssen. Die beiden Unglücksfälle sind an Brandgängen erlegt. Eichl' unserer Kameraden, welche die Unglücksfälle in der Grube kennen, sowie auch von dem Versuch, die beiden Unglücksfälle zu retten, unterrichtet sind, behaupten nun, daß manches unterlassen wurde, was zur Vermeidung des Unglücks sowie auch zur Beschleunigung der Rettung hätte beitragen können. Wir möchten deshalb die verantwortlichen Stellen, zunächst die Werkverwaltung sowie Berginspektion auf einiges aufmerksam machen. Tatsache ist, daß das Feuer in der Nachtschicht schon gebraunt hat und die Brandstelle auch belegt gewesen ist. Nicht abgestritten kann werden, daß als die Frühschicht eingezogen ist, das Feuer schon stark verbreitet war und ziemlichen Rauch entwiedelt. Die Gefahr der Weiterentzündung des Feuers war deshalb um so größer, da die Brandstelle direkt von dem frischen Wetterstrom angeblasen wurde. Warum wurden die Männer nicht abgeperrt, um dem Feuer die frische Rührung zu entziehen? Uns scheint es, als wenn die Beamten, welche doch vor dem Unglücksfall diesen Brandherd befahren haben, sich der eventuell daraus entstehenden Gefahr nicht voll und ganz bewußt waren. Es muß die Frage an die Werkverwaltung gerichtet werden: Warum war die Brandstelle nur mit zwei Mann belegt? Unserer Grächters hätte dort mit Löschung gearbeitet werden müssen, dann war es sehr fraglich, ob die Betreffenden heute zu den Toten gehören. Die Löschungsmannschaften hätten doch in unmittelbarer Nähe des Brandherdes in der Wetterfront sich aufzuhalten müssen und tonnten dort beobachtend, ja warnend, ihre Kameraden auf die steigende Gefahr aufmerksam machen. Als aber dann durch Herausbrechen größerer Massen die Verunglückten von den frischen Wettern abgeperrt waren und diese in der von Rauch und Brandgasen angefüllten Strecke schlüpfen mußten, da hätten dann die auf der anderen Seite vorhandenen Löschungsmannschaften ohne weiteres die Gefahr erkannt und auf dem schnellsten Wege Alarm zu schlagen. Der Rettungsversuch hätte dann jedenfalls früher beginnen können. Was aber noch als recht bedeutsam herorgehoben werden muß ist, daß die Arbeiter allgemein behaupten, es habe nicht nur an der nötigen Mannschaft, sondern auch an guten Rettungsapparaten gefehlt. Die vorhandenen Apparate hatten nicht genug oder waren mangelfhaft gewesen. Wenn die Mitteilungen den Tatsachen entsprechen, so wäre allerdings eine

große Fahrlässigkeit der Werkverwaltung vorhanden. Das Unglück selbst hat sich zweifellos vor 10 Uhr vormittags noch ereignet und zu Mittag erst hat man die Berginspektion in Stolberg gebeten, mit ihren Rettungsapparaten zu Hilfe zu kommen. Später mußte auch noch eine Kolonne von Vereinsglied mit Apparaten zu Hilfe eilen und legierten ist, es ist erst gelungen, gegen 8 Uhr den ersten Rettungslüften zu finden, allerdings schon tot, geborgen. Wie wünschen, daß über diesen bedauerlichen Unglücksfall Aufklärung geschaffen wird. Die Bergarbeiter haben ein Interesse daran, zu erfahren, ob hier alle Bergarbeitsregeln befolgt werden sind, nicht allein, um das bedauerliche Unglück zu verhindern, sondern auch die Bergarbeiter rechtzeitig zu retten? Warum wurde an der Brandstelle nicht mit Löschung gearbeitet? Warum sind die Männer brauchbare Rettungsapparate vorhanden? Ist auch sofort die genügende Mannschaft zur Rettung herangezogen worden?

Braunkohlewerke in Aulnau bei Marlstraße. Hier haben sich die Ministranten nachgerade zu einer Katastrophe für die Arbeiter ausgeworfen. Beide werden die Arbeiter wegen jeder Kleinigkeit. Wiederholt wurden Schläger und Stationsleute bestraft wegen Raumbelägen von Förderwagen in der Grube, und Hauer, weil die Wagen nicht voll genug über Tage anlaufen. Am ersten Fall ist entweder das Material, die Wagen oder die schlechte Gleisanlage schuld, denn für Reparaturen und Sanierungen der Wagen und Instandhaltung des Schienennetzes wird fast nichts getan, so daß Aufzähmung und Entgleisungen auf diese Ursachen zurückzuführen sind. Die Arbeiter haben doch sicherlich kein Interesse an den Karrenbelägen, denn jenseits ist es für die Hauer und Förderleute, die nicht dafür verantwortlich gemacht werden können, wenn die Wagen über Tage nicht so voll sind, als sie vor Ort gefüllt waren. Man muss in Betracht ziehen, daß dieselben circa ½ Stunden zu laufen haben. Daß durch den Inhalt aufzähmungshilfen wird, sollte eigentlich auch ein Beamter wissen. Daß die Wagen vor Ort reichlich gefüllt werden, geht schon daraus her vor, daß die Doppelbahnhöfe voll Kohlen liegen, welche durch die Schlagrollen von den Wagen geschlagen werden. Gilt eben alles nichts, bestraft wird trotzdem. Wenn die Beamten nur einmal einen unabzähmbaren Tatendrang in sich fühlen, so sollten sie sich darin beteiligen, daß die vorhandenen sanitären Einrichtungen, speziell das Bad, in einen Zustand bereitstehen, wie es sich gehört. Damit wäre den Arbeitern auch in gesundheitlicher Beziehung besser gedient. Es kommt in diesem "Bad" vor, daß überhaupt kein Wasser vorhanden oder das zu heiß oder ganz kalt ist. Die Brauen laufen meistens nicht. Auch an guten, wasserdrücklichen Zeug fehlt es für die wenigen Arbeiter, welche in wasserdrücklichen Strecken arbeiten müssen. Auch müthen sich die Beamten darum, Künzern, daß einzelne Ministranten nicht so viel Wagen fehlten. Es sind also Ministranten genug vorhanden, die bei gutem Willen bestellt werden könnten. Mögen sich die Beamten auf diesen Gebieten mal ordentlich ins Zeug legen.

### Sargebiet und Reichslande.

Grube Dudweiler, Inspektion IV. Hier ist seit einigen Tagen eine neue Arbeitsordnung eingeführt worden, betraf zu heißen Arbeit, über 28 Grad Celsius. In Alt. I (Steiger Schicht, fl. 11) sind einige Kameradschaften, die in einer Temperatur von über + 28 Grad arbeiten. Früher war die Arbeitszeit — wie in der Frühschicht — schon eine halbe Stunde zu viel, von 6 Uhr morgens bis 12½ Uhr nachmittags. Jetzt dauert diese Arbeitszeit von morgens 7 bis nachmittags 2½ Uhr. Also sage und schreibe 7½ Stunden (einschließlich Ein- und Ausfahrt). Wie heißt es in der Arbeitsordnung § 18 Abs. 2? Ist dieser Paragraph den Bergbeamten nicht bekannt? Die Arbeiter müssen doch die Arbeitsordnung einhalten, die sie ebenfalls muss auch von den Bergbeamten respektiert werden. Wo bleibt hier wieder der berühmte "christliche" Sicherheitsmann R. Sch.? Ist er vielleicht wieder erkrankt? Denn dieser "christliche" Sicherheitsmann ist in der Belegschaft als ein "Krambarsch" leider nur zu bekannt. Und wie sieht es mit den Löhnen in der Belegschaft aus? Von Monat zu Monat häufen sich die Lagen über Förderns unreiner Kohlen aus! Kameraden, merkt ihr denn das nicht? So geht es, wenn man ohne Organisation ist! Zu all diesen Verschlechterungen kommen immer noch neue, und deshalb rufe ich euch zu: Einem in den Verbund der Bergarbeiter Deutschlands, damit solche Schädlinge im Arbeitsverhältnis für immer ausgerottet werden.

### Süddeutschland.

Bege Augusta (Leonberg). Ein sonderbarer Heiliger scheint der Steiger Speck von genannter Bege zu sein. Die Verhältnisse lassen viel zu wünschen übrig; die Löhne sind in der letzten Zeit stechen geblieben. Wenn nun die Bergarbeiter so mit widrigen Umständen rechnen haben, so würde man meinen, die Vorgesetzten könnten doch etwas entgegenommen sein. Leider ist aber dies nicht der Fall. So erklärt er einem Hauer gegenüber, der sich bei ihm beschwert, daß er die Arbeit nicht mehr verrichten kann, weil er die schlechte Luft vorhanden sei, er komme von diesem Ort nicht weg, und wenn er verreisen müßte. Wir wissen aus Erfahrung, in welch gefährlichem Zustand sich ein Hauer befindet, wenn er in Stützluft arbeiten soll. Leider schlafende Wetter ist dort nichts zu fürchten, dennoch könnte man doch hoffen, daß ein Steiger der gefährlichen Stützluft Rechnung trägt und den Mann verlegt. Wir protestieren gegen eine derartige Behandlung und werden im Widerholungsfalle uns an die gesetzte Abreise wenden. Wir hoffen, daß der Betriebsleiter diesen Steiger die Zügel etwas anlegt.

Grube Frankenholz (Pfalz). Eine starke Erregung herrscht unter den Kameraden des Schachtes III der hiesigen Grube. Bei der letzten Löhnung wurde einer großen Anzahl Leute der "Riesenlohn" von 3,80 Pf. ausgezahlt. Wie denkt sich der Herr Betriebsleiter bei den heutigen teuren Lebensmitteln eine Bergarbeiterfamilie, die mit solchem Schundlohn ihr Leben fristen soll? In der Erregung sind auch gegen den

werverein. Danach erweisen und bei ihm eintreten müssen. In einer der letzten Versammlungen wurde nachgewiesen, daß diese Notiz einiges Geschäft sei. Eine weitere fröhliche Eingabe um bessere Verjüngung von Christkroß für die Bewohner der genannten Häuser wurde mit dem Hinweis des Gemeinderats abgetan, daß es lediglich Begelei- einiger Schreiter sei, denen das Wasser nicht gut genug sei. Die Bedeutung dieser Eingabe war eine dringende und wir erinnern nur an die jetzigen Thypusfälle in Aibling und München und hoffen, daß es hier nicht so weit kommen möge und die Bergleute nicht die Opfer einer Schlamperei werden.

## Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtbezirk Dortmund.

### Die Klage der „Christen“ ist da!

Die am 6. Juli von den „Christenführern“ angeführte „Christenklage“ gegen die „Wartburg“, den „Janus“, die „Bergarbeiter-Ztg.“ und eine Anzahl sozialdemokratischer Zeitungen ist am 4. September bei uns eingegangen und richtet sich gegen uns; die „Wartburg“ und die „Rheinische Zeitung“, während der „Janus“ wohl nicht verlegt wird, obwohl gerade dieser die „schwersten Bekämpfungen“ gebracht hat, die von uns abgedruckt wurden. Als Kläger tritt der „wurkante Stropf“, Herr Gesamtverbandsgründungsgeneralsekretär, Seine Hochmächtigkeit Adalbert Steigerwald auf, während der „alte Praktiker“, der herzliche Sohn von Strachan, der die Klage anführte, in „christlicher“ Duldsamkeit, in Sanftmut und edler Hochherzigkeit wohl Glücksvergebung übt! Die Klage richtet sich gegen unseren ganzen Krieg: „Mit durchschnittenen Schnüren an der Kette Roms“, in dem wir die Mittelstellung des „Janus“ und der „Wartburg“ niedergaben, monach die katholischen „Gewerkschaftsführer“ der „christlichen“ Gewerkschaften sich den Bestimmungen der päpstlichen Enzyklika unterworfen hätten. Diese Mitteilung, daß sich die „Christenführer“ den Weisungen des Papstes und der Bischöfe unterworfen haben, soll eine Bekämpfung dieser „Katholiken“ sein, und das sogar wider besseres Wissen!!!

Wir wollen wir der Ansicht, daß es einfachste und selbstverständlichere Pflicht aller Katholiken sei, sich den Geboten der Kirche und den Weisungen des Papstes zu unterwerfen und darum war es nach unserer Ansicht auch ganz selbstverständlich, daß sich die katholischen „Führer“ der „christlichen“ Gewerkschaften der päpstlichen Enzyklika unterworfen, in welcher steht, ist nebensächlich. In dieser Ansicht wurden wir durch die Reden Bischofs 1910: „Wenn die Kirche spricht, wird sie bei uns gehorsame Katholiken haben“, noch bestärkt, und nun hat die Kirche durch ihr Oberhaupt also gesprochen: „... Wir erklären, es könne gebüdet und den Katholiken gestattet werden, auch jenen gemischten Vereinen... sich anzuschließen, solange nicht wegen eintretender Unstädte diese Dulbung aufhört, zweckmäßig oder zulässig zu sein... Darum mögen die Bischöfe es als ihre heiligste Pflicht ansehen, sorgfältig das Verhalten dieser Vereinigungen zu beobachten und darüber zu wachen“ usw. Der Papst macht es den Bischöfen zur „heiligsten Pflicht“, über die „christlichen“ Gewerkschaften zu wachen, sie zu beobachten, und wir „naive“ Menschenkinder fallen darauf herein! Wie könnten wir auch so töricht sein, von M. Gladbach „Katholiken“ derartiges anzunehmen! Wer von Steigerwald, der den Bischof vor dem von Trier einen beschäftigen, willkommenen Doktor in einen Fanatiker nannte, von einem Büstes, der sagte: „Wenn die Bischöfe mich im A... hätten, hätten sie mich längst in die Saar geschickt...“, von einem Theodor Nissen, Vorstandsmittel im katholischen Arbeiterverein M. Gladbach „Katholiken“ und „christlicher“ Vertrauensmann, der dem Papst wünschte, er möge doch kaput gehen! — wirklich, wer von „sich“ „Katholiken“ behauptet, sie würden sich den päpstlichen Anordnungen unterwerfen, den Bischöfen gehorsam sein, der beleidigt sei. Aber daß wir das wider besseres Wissen getan hätten, stimmt nicht. Wir haben diese Leute fittlich immer noch zu hoch eingeschätzt, haben sie auch in diesem Halle verkannt, vielleicht, weil wir katholisch erzogen sind, es deshalb nicht für möglich hielten, daß es unter Katholiken auch solche gibt, die man beleidigt, wenn man ihnen öffentlich nachagt, sie übten Gehorsam gegen das Oberhaupt der Kirche Graf Oppersdorff, wie schlecht kennen Sie doch Ihre — Glaubensgenossen! Sie hielten es nicht für möglich, daß ein Katholik zu klagen wagte, dem man Gehorsam gegen die kirchlichen Autoritäten nachagt! Sie haben sich getötet, Herr Oppersdorff! Nun, der Prozeß (die drei Klagen sind zusammengefaßt), der in Köln stattfindet, wird die authentische Übersetzung und die richtige „Interpretation“ der Enzyklika schon zutage fördern. Bei Philippse seien wir uns wieder!

### Die Löhne im Ruhrrevier

weisen auch im zweiten Vierteljahr 1913 eine weitere Steigerung auf, wie denn die ganze Zusammenstellung des Oberbergamts-Dortmund zeigt, daß die Hochkonjunktur im zweiten Vierteljahr ungeschwächt angehalten hat. Die Gesamtzahl der Belegschaft ist um 556 Mann, die Zahl der Schichten pro Arbeiter um 8 gestiegen, wie folgende Ziffern beweisen:

	Gesamtbelegschaft	Lohnsumme	Schichtzahl	Schichtlohn
2. Viertel 1911	388.703	118.474.193	75	4,66
2. Viertel 1912	355.862	136.864.085	77	5,00
1. Viertel 1913	377.437	159.846.008	80	5,28
2. Viertel 1913	377.993	167.811.790	83	5,37

Die Lohnverteilung in den einzelnen Arbeiterkategorien entwidelt sich in dem gleichen Zeitraum wie vorstehend in folgender Weise:

	Eigentliche Bergarbeiter	Sonstige Bergarbeiter	Arbeiter	Jugendarbeiter
2. Viertel 1911	5,51	4,70	3,96	1,36
2. Viertel 1912	5,97	4,30	4,16	1,40
1. Viertel 1913	6,35	4,46	4,28	1,47
2. Viertel 1913	6,50	4,53	4,33	1,45

Hieraus ist der Lohn der Hauer im zweiten Vierteljahr gegenüber dem ersten um 15 Pf., der der sonstigen unterirdischen Beschäftigten um 7 Pf., der Tagearbeiter um 5 Pf. gestiegen, der Lohn der Jugendlichen ist um 2 Pf. zurückgegangen.

Seit dem Streit 1912 gewannen die Hauer eine Schichtlohnsteigerung von 76 Pf., die sonstigen unterirdischen Arbeiter 35 Pf., die Tagearbeiter 20 Pf. und die Jugendlichen 5 Pf.

Diese Lohnsteigerung ist jedoch, wie wir mehrfach nachgewiesen haben, durch Mehrschichten erzielt worden und bietet noch längst keinen Ausgleich für die kolossal gestiegerte Lebenshaltung. Überstunden und Schusterlei ist der Anteil, den die Bergarbeiter an der Hochkonjunktur erhalten haben.

### Befreierter Verleumder.

Der „christlich-national“ Herr Hüls mit von Niederhomburg hat gegen die Ortsverwaltung unseres Verbandes und solche Kameraden, die während des letzten Streits Streitposen gestanden haben, die Verleumdung ausgestreut, unsere Kameraden hätten pro Tag jeder 8 Pf. Schmiedgelder erhalten, um Arbeitswillige — „christliche“ Streitbrecher — von der Arbeit fernzuhalten. Da der Mann die Behaftung immer und immer wiederholte, jahnen unsere Kameraden sich genötigt, dem „Musterverfahren“ am Gericht Gelegenheit zu geben, für seine Behauptung den Wahrheitsbeweis anzutreten. Am 1. September stand er in Hattingen am Schöffengericht und da er nicht einmal verzeichnet, den Wahrheitsbeweis anzutreten, wurde er mit 5 Mark bestraft.

### Sicherheitsmännerwahlen.

Auf Zeche Emser Lippe, Nevier 10 und Schacht III, Nevier 2, finden Sicherheitsmännerwahl an am 17. September statt. Die Wählerlisten liegen bis zum 10. auf der Steigerstube auf. Sehe sie jeder nach und über pünktlich sein Wahlrecht aus.

Am 18. September, vormittags von 9 bis 10 Uhr und nachmittags von 4 bis 5 Uhr findet auf Zeche Graf Schwerin für das Nevier 7 und 9 die Wahl der Sicherheitsmänner statt. Die Kameraden werden ersucht, sich in die Listen einzutragen zu lassen.

Am 18. September findet auf Zeche Dorfeld II u. III für das Nevier 8 Sicherheitsmännerwahl statt. Die Wahlzeit ist morgens von 9 bis 10 Uhr und nachmittags von 4 bis 5 Uhr. Die Wählerliste liegt vom 3. bis 17. September auf der Markenstube zur Einsicht offen. Es ist Pflicht eines jeden Kameraden, sich an der Wahl zu beteiligen.

### Entziehung unseres Vereinsloals in Herten.

Der bisherige Vereinswirkl. Heinz hat schon seit Monaten versucht, die organisierten Arbeiter durch Saisone aus seiner Wirtschaft herauszuziehen, was auf einen Bruch schließen ließ, der nun in der vorherigen Woche auch gekommen ist. Er hat der gewählten Schlichtungskommission die Erklärung gegeben, daß er durch den Druck von oben und die geringe Unterstützung seitens der Arbeiterschaft schon seit Monaten den Entzug gefaßt habe, die freiorganisierte Arbeiterschaft an die frühe Lüft zu sehen und daß das Scharnikel mit unserem Vertrauensmann ihm ein willkommener Anlaß gewesen sei, von seinem Hausrat Gebrauch zu machen. Das die Sache seit längerem vorbereitet war, geht auch daraus hervor, daß am Sonntag nach dem „Scharnikel“, als die vier Gewerkschaften über die Losalfrage berieten, der gelbe Werkzeugkasten bereit stand von dem Losal-Arbeitskammel, Antlersstraße 124, und bedarf es höchstens nur dieser kurzen Aufklärung, damit die Bergarbeiter und sämtliche freiorganisierten Arbeiter wissen, wo sie ihre Groschen zu bezahlen haben.

### In Sachsen Borowski

hat die Ortsverwaltung der Zollstelle Lüdinghausen trotz der Berichtigung Borowskis ihrer ersten Erklärung nichts zurückzuziehen, sondern folgendes zur Erklärung hinzugezogen: Nachdem Borowski sich weigerte, allgemeine Agitation, wie Verteilten von Flugblättern usw., unisono mitzumachen, wurde er des Postens als Wirtschaftsführer entbunden. Der Kassierer und Revisor haben die Verbandszulassung von Borowski geholt und mit ihm abgerechnet. Er selbst hat sich seine ihm zustehenden Förderungen abgeholt. Der Kassierer hat B. dann noch erklärt, daß er, wenn er nochforderungen habe, diese einzurichten und den Betrag eventuell von ihm abholen sollte. Borowski weiß recht gut, daß Vieles niemals Kassierer der Zollstelle war und mitin auch kein Geld auszahlte. Es ist auch nicht richtig, daß Borowski für das Abschaffen der Fragebogen 17 bis 18 Pf. versprochen worden sind. Laut Eisener Beschlusses durften nur 2 Pf. pro Fragebogen bezahlt werden, daß dem B. eine Extrawurst gebraten werden sollte oder sonstige, glaubt er doch selbst nicht. Wenn er Fragebogen ausgefüllt und dafür die ihm zustehende Bezahlung noch nicht erhalten hatte, so könnte er bei Aushebung seines Postens das von dem Kassierer holen. Wenn er das nicht getan hat, ist es seine eigene Schuld und sollte er dann für seine Nachlässigkeit nicht andere Leute verantwortlich machen.

Die Ortsverwaltung. A. A.: Fritz Wiesels.

### Hunderttausend Mark als Gehschenk für treue Dienste beim Streit 1912.

Den „königstreuen“ Knappen im Lügau-Oelsnitzer Nevier ist großes Heil widerfahren. Anläßlich des Königsbesuches ließen die Werke durch Herrn Direktor Hirschig bei einem gemeinsamen Festmahl die Erklärung abgeben, daß die Werke beschlossen hätten, eine Stiftung im Betrage von 100.000 Mark zu errichten, aus der den „königstreuen“ Knappen und deren Familien im Falle der Not Unterstützungen gewährt werden sollen. Der Redner betonte weiter, daß eine dauernde und dantbare Erinnerung im Herzen der „königstreuen“ Knappen auch seitens der Werke gesichert werden soll. Ganz recht so, nur immer dankbare Erinnerungen und keine Rechte, dann wird es den Bergarbeitern schon gut gehen. Es ist fast unglaublich, wie geistig tief manche Menschen die Bergarbeiter einschätzen. Der König soll nämlich in das Steinbruchlereviel getommen sein, um Einblick zu nehmen in den Gang des hiesigen Bergbaues, um sich zu überzeugen von dem Ereignis der Belegstreich, insbesondere aber von dem den „königstreuen“ Knappen. Vielleicht erfahrtet wir später, wie und wo das geschehen ist. Mit der Pflege der Königstreue und Vaterlandsliebe ist den Bergarbeitern nicht geholfen. Dabon kann sich niemand sonst essen und werden dadurch auch keine Unglücksfälle verhindert. Das wissen die Herren Verfassiger am besten. Auch sie wollen neben ihrer Königstreue und Vaterlandsliebe, die ja sehr billig zu haben ist, noch tüchtige Überflüsse ergänzen. Was den Bergarbeitern not tut, ist ein besserer auskömmlicher Lohn, besserer Schutz für Leben und Gesundheit, höhere Unterstützung bei Krankheit und Invalidität. Solange die Grubenbesitzer in diesen drei Hauptfragen kein Entgegenkommen zeigen, werden ihre Stiftungen als das bezeichnet werden müssen, was sie sind, als Lockmittel für solche, die nicht denken können. Beleidigte auf das Gemissen, wie sie schärfer nicht ausgestellt werden können, in die Charakterisierung der Knappen in folgenden Worten: „Und so haben sie (die Werksbesitzer) den königstreuen Knappen, die sich in schweren Zeiten zuverlässig und treu, trotz aller gegnerischen Anfeindungen, an die Seite ihrer Arbeitgeber gestellt haben, jederzeit ihr ganzes Mostwohl und ihre Fürsorge angewendet.“ Arbeiter, die denken gelernt haben, die über den Begriff Mensch zu sein, nicht im Zweifel sind, müssen diese Feststellung als eine Beleidigung, als eine Verleumdung ihrer Ehre auffassen. In schweren Zeiten haben sich Arbeiter nicht an die Seite ihrer Arbeitgeber gestellt, sondern an die Seite der Arbeitgeber gestellt. Dieses müssen sich Arbeiter von Vertretern der Grubenherren sagen lassen. Wieviel Aufklärung ist da noch notwendig, wieviel Arbeit muss da noch geleistet werden, um im Menschen auch den Menschen zu wecken, obere Empfindungen wachzurufen! Hoffen wir, daß es noch möglich ist, bevor es zu spät wird!

### Saargebiet und Reichslande.

#### Die „Saarpost“ und praktische Arbeit des „christlichen“ Gewerkschaftsvereins.

Fraulautern ist eine Domäne der „Christlichen“. Zwischen Fraulautern und Engelsdorf wird ein Schacht für den Eisfuß abgeteuft, auf welchem miserabile Lohnverhältnisse, auch sonnitige Wirkstände herrschen. Der „christliche“ Gewerkschaftsverein arbeitete dort praktisch, indem er sich die Ohren verstopfte, um nichts von den Klagen der dort beschäftigten Bergarbeiter zu hören. Die Arbeiter werden es leid, bei den herrschenden Wirkständen und niedrigen Löhnen weiter zu arbeiten, sie traten in den Streit. Der „christliche“ Gewerkschaftsverein arbeitete „praktisch“, indem sein Belegschaftsleiter unsichtbar blieb. Die Streitenden hatten alle Mühe, angewanderte Arbeitswillige zur Abreise zu bewegen. Der „christliche“ Gewerkschaftsverein arbeitete „praktisch“, indem sein Publicationsorgan, die „Saarpost“, ein Schreiben der Betriebsleitung aufnahm, daß auf dem bestreiten Schacht Arbeiter gesucht würden. Die Streitenden erhielten als Erfolg ihrer Ausdauer und Disziplin am 28. August das Versprechen auf Lohnherhöhung, und zwar nicht die Erhöhung, gemessen an den vorhergehenden Löhnen, 1 bis 2 Mark aus.

Der „christliche“ Gewerkschaftsverein arbeitet „praktisch“, indem in der „Saarpost“ vom 30. August ein Artikel lanciert wurde, nach welchem — da der Erfolg nicht abzuwarten ist — die Lohnherhöhung auf 50 Pf. angegeben wird. Der alte Verband führt den Streit, der „christliche“ Gewerkschaftsverein arbeitet „praktisch“, indem man in der „Saarpost“ schreibt, daß es zu bedauern sei, daß die Sozialdemokratie gleich wieder bei der Hand gewesen sei, um die Leute für sich zu gewinnen. Der „christliche“ Belegschaftsleiter hält es als „praktischer“, die Leute im Stich zu lassen, sie unorganisiert dem Unternehmerschaft zur Ausschöpfung. Der „christliche“ Gewerkschaftsverein hält es für praktische Arbeit, in der „Saarpost“ ebenso darum wie frech Lügen über den „Obergesetz“ beginnen, diejenigen Streitnehmer, die eine 30jährige Dienstzeit auf der Grube zurückgelegt haben, ein Jubiläumsgefeiern, bestehend in einer goldenen Uhr mit Ketten, erhielten. Ebenso wurde erwähnt, daß sämtliche Arbeiter den doppelten Tagelohn als Barbariacht erhielten. Der doppelte Tagelohn der Hauer ist rund gerechnet, 11 Mark, bei den Schleppern 9 Mark, bei den Tagessarbeitern 7,50 Mark und bei den Sortiererinnen 4,20 Mark. Bei den Berichten des Zentralschafftates — das nicht liegen darf — liegt mir sagen, derartige Wohlfahrtseinrichtungen findet man in keinem deutschen Betrieb. In Wirklichkeit ist die Sache wesentlich anders. Die Arbeiter mit 30jähriger Dienstzeit erhalten nur eine silberne Uhr mit Ketten. In vielen Betrieben erhalten die Arbeiter ein solches Geschenk schon mit 25jähriger Dienstzeit. Auch erhalten die Arbeiter in manchen Betrieben schon mit fünf- und zehnjähriger Dienstzeit mehrere Tage Urlaub mit Fortbezug des vollen Lohnes. Bei der Oberbayerischen Aktiengesellschaft müssen die Bergarbeiter mit 30- und 40jähriger Dienstzeit noch nichts von einem Urlaub, trotzdem die Bergleute am allerordentlichsten einer Erholung bedürfen.

Die Nähe von Merzig schon so unheilsvoil für ihn geworden, daß man in Nähe von ihm sagen kann: „Halb zogt ihn hin, halb fand er hin?“ Die „Saarpost“ schlägt ihren von dem mit der Schloßkranheit verfallenen verhafte Artikel mit den Worten: „Mit Schimpferien auf die Schwarzen und auf die bösen Christlichen“ ist den Arbeitern nicht gedient. Für sie muß praktisch gearbeitet werden. Praktische Arbeit aber leistete von der gewerkschaftlichen Organisation an der Saar bisher nur der Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter.“ Ganz recht, praktische Arbeit wollen die Bergarbeiter! Aber praktische Arbeit ist es nicht, wenn man dagegen läßt, während Altväternden draußen Streitposten stehen. Praktische Arbeit ist es nicht, wenn man Lohnbewegungen macht, ohne die Kourage zum Streiken zu haben, die man, ohne etwas erreicht zu haben, wieder abträgt, um dann von großen Erfolgen zu schwärmen. Praktische Arbeit aber ist es, einen Streit durchzuführen, wie im vorigen Jahre in Merzenbach, diesmal in Fraulautern, und deshalb auch wirkliche Erfolge aufzuweisen sind. Zum Schluss noch einen guten Rat an den „Saarpost“-Gewerkschaftler: Markt Twain, der amerikanische Humorist, erzählt, daß bischöflich Geheim erzeuge; da möchten wir dem „Saarpost“-Fraulautern raten, sich einen ganzen Walfisch anzuschaffen und zu essen, dies könnte ihm vielleicht noch helfen, wenn nicht schon jeder Anfall in seiner Hirnschale vor lauter „praktischer“ Arbeit verschwunden ist. Bis dahin „Au revoir“, du „praktischer“ Arbeiter!

### Der hereingekallte Betriebsführer.

Seit Montag, den 18. August, standen die Bergarbeiter des Schachtes, der von der Firma Meier für die Königsberg-Bergbau- und Eisenfertigung in Engelsdorf im Saargebiet abgeteuft wird, im Streit. Die lebte Verhandlung zwischen den gewählten Streitkommissionen hatte am 25. August stattgefunden, und da keine Einigung erzielt wurde, beschlossen sie, weiter zu streiken. Werbet schleppten von allen Seiten Arbeitswillige herbei, doch gelang es den Streitposten, die Mehrzahl derselben wieder abzuschicken. Der Schacht mußte wegen der Mangel an Arbeitern stillgelegt werden und das Wasser nahm schon die bedenkliche Höhe von 15 Meter an. Nun war für den Betriebsführer großer Not zu tun. Doch er wußte sich zu helfen, fiel ihm doch ein, daß im Vorjahr im Muhrgebiet die „christlichen“ Gewerkschaftsvereine auf seine vier Buchstaben und sieben folgenden Artikeln in der „Saarpost“ (Nr. 199), dem Zentralorgan des „christlichen“ Gewerkschaftsvereins, los:

Fraulautern, 27. August. Lieben die Differenzen zwischen der Firma A. Meyer & C. und den Arbeitern, die mit Schachtarbeiten beschäftigt waren, wird uns seitens der Betriebsleitung folgendes geschrieben: Seit einiger Zeit sind auf der neuen Schachtlage bei Fraulautern, die von der Firma A. Meyer & C. für die Königsberg-Bergbau- und Eisenfertigung in Engelsdorf abgeteuft wird

Das Bergbaugeschäft wird ferner ausgezahlt: für uniformierte Arbeiter 200 M., ohne Uniform 180 M., für Schlepper und Tagewerkarbeiter 170 M. und für die Sortiererinnen 180 M. So sieht der doppelte Tagelohn der Barbaraschacht und die goldene Uhr mit Kette der Haushalter und Bergarbeiter Bergleute aus. Vergoldet ist eine der "Bauerischen Kürzer" die Jubilaruhne mit Kette, aber zählt er den Gehaltbeitrag zur doppelten Schicht darauf? Scheinbar will der "Bauerische Kürzer" mit seinen großen Sprechereien, die er in die Welt hinausprojektet, die Bergarbeiterbetriebe von Haushalt und Bergberg herrlich vergolden und dabei die Arbeiter nach Sitten eines Zentrumsschattes verjöhnen und verstoßen. Ferner schreibt der "Bauerische Kürzer", daß mittags ein Festessen stattfindet. Er hat dabei vergessen, auch zu berichten, daß diese Festessen nur für die Beamten bestimmt ist. Wenn man sie die Jubilare in Bergberg betrachtet, so sieht man, daß jeder von ihnen zusammengehörend ist und die meisten unter ihnen Halbtagsarbeiter sind. Einer unter den Jubilaren, der seine Arbeit in der Grube nicht mehr leisten kann, befindet sich über Tage. Derselbe Jubilar, der schon 60 Jahre zählt, muß heute noch den ganzen Tag volle Holzfunde wie ein Schlepper zum Schacht schleben. Dabei ist dem alten Mann schon wiederholt die Faulheit ins Gesicht geschleudert worden. Er ist noch beweist, daß die Hunde trotz wiederholter Gefahrlosen so leicht laufen, daß junge Schlepper trotz werden. Herr Oberingenieur steht in erster Linie seiner Feste, daß von einer gewissen Seite eingestellt wird, daß die Bergleute die Parade nicht mehr mitmachen sollen. Herr Oberingenieur, mit dieser Erklärung sind die Bergarbeiter einschlußlich. So lange die Bergarbeiter jahrelang drauflos radern müssen, so lange sie dennoch von den Bergfesten als Faulenzer, Feiglinge und Lautigensteine betitelt werden und so lange die Bergarbeiterfeste mit Füßen getreten wird, fällt es den Bergleuten gar nicht ein, dieses Fest verjöhnen zu helfen. Wenn Oberingenieur klein erklärt, daß es dennoch sehr viele sind, die diese Parade mitmachen, so sei es empfehlenswert, einmal richtig Nachschau zu halten und sämtliche Beamten zu zählen und auszuschließen, dann hat er seine paar Viechtlinge bald zusammen.

## Monats-Abschöpfung.

Auf den Monat Juli 1913 hatten bei der Hauptkasse in Bochum abgerechnet:

Bezirk Hamm: Ahlen 888,-, Afferde 82,-, Altenbögge 175,10, Bismarck 148,40, Bönen 107,60, Bodum-Hövel 988,75, Hamm 240,40, Herren (August) 455,80, Herren 726,-, Kamen I 548,-, Kamen II 108,-, Kamen III 152,60, Hülsborn 877,90, Kaiserau 453,40, Lünen 121,-, Marl 129,70, Massenerheide 114,60, Methler 91,34, Mühlhausen 62,60, Miesen I 259,15, Miesen II 188,80, Unna 488,50, Werne a. L. 210,80, Wiescherode 345,90 M.

Bezirk Lünen: Alstede 75,15, Beddinghausen 71,-, Dorf 16,50, Lünen-Hörstel 869,-, Lünen-Süd 698,40, Lünen-Stadt 249,90, Nieberaben 71,80, Nordlünde (August) 47,-, Olfen 11,-, Selm 498,20, Wiedenbrück (August) 86,00 M.

Bezirk Dortmund: Bissel 258,40, Bradel 472,-, Brambauer I 587,60, Brambauer II 803,40, Brechten 888,60, Deerne 291,-, Dortmund I 174,75, Dortmund II 479,20, Dortmund III 733,80, Dortmund IV 297,60, Dortmund V 68,80, Dorstfeld 357,80, Eving I 198,60, Eving II 455,-, Eving III 524,00, Grevel 48,-, Hölschede 118,80, Hindenbusch 211,50, Marten 605,80, Oelpe II 188,50, Nahm 151,90, Schornhorst 426,80,-, Wambel 65,20, Wiede 177,40 M. — Für August: Deuse 196,-, Kirchdeine 166,90, Hölschede 149,60, Brambauer II 355,- M.

Bezirk Giebelstadt: Bodelschwingh 67,-, Bövinghausen 634,-, Castrop I 90,20, Castrop II 107,80, Castrop III 32,-, Deininghausen 187,20, Friedhof 57,80, Groppenbruch 97,10, Holthausen-Börnig 81,80, Habilingsdorf 120,80, Herne II 170,80, Ideen 387,65, Kielhinde 238,40, Lütgendortmund 1317,10, Mengede 322,80, Neite 50,-, Nauel 95,-, Nauel-Schörring 128,80, Sodingen 184,80, Weitrich 228,40 M. — Für August: Groppenbruch 100,- M.

Bezirk Giebichen: Unnen I 792,80, Unnen II 344,60, Auf dem Schne 272,90, Apfelberg 850,80, Apfelbedarfmark 408,50, Beninghofen 166,50, Brüninghausen 178,-, Barop 554,30, Bittermark 180,80, Bergköthen 415,40, Eichholz 444,80, Giebichenhofen 802,80, Ende 140,80, Görde 817,60, Hengen 150,10, Höhenburg 97,60, Sonnenbruch 416,50, Höchsten I 287,20, Höchsten II 68,80, Hachen 88,70, Holzwidder 202,70, Kirchhöhe 289,40, Krudel 269,60, Lüdemberg 421,-, Mengelinghausen 97,60, Mildenhausen 354,80, Sommerberg 107,80, Sölde 225,60, Stokum 580,-, Schwerte 341,40, Schanze 97,60, Schwerterheide 70,80, Wellinghausen 207,80 M.

Bezirk Lünen: Baaderberg 60,80, Bonnern 450,-, Bredenscheide 180,80, Blanckstein 15,10, (Juni) 22,70, Dahlhausen I 288,40, Dahlhausen II 252,80, Dahlhausen-Hörstel 151,-, Hattingen 145,10, Herbeck 75,40, Herben 191,80, Hiddingshausen 48,50, Holthausen b. Hat. 140,10, Hohwieg 246,80, Lüden 444,40, Obersprockhövel 845,70, Olsbola 140,10, Sülfisch 284,80, Stüter 138,40, Stiepel I 215,60, Stiepel II 215,60, Vornholz-Durchholz 347,70, Wengern 91,90 M. — Für August: Niedersprockhövel 478,70, Witten 517,30, Obersprockhövel 329,40, Esborn 181,50, Haßlinghausen 336,10 M.

Bezirk Bremen: Altenbochum 341,60, Bochum I 144,90, Bochum II 204,10, Bochum III 200,40 (8,50), Bochum IV 273,80, Bochum V 102,20, Bochum VI 84,90, Bochum VII 281,60, Bochum VIII 158,10, Bochum IX 126,80, Bergen 146,80, Eppendorf 240,50, Hiltrop-Gerthe 106,70, Kieferhardt 225,60, Laer 596,10, Langendreer I 790,-, Langendreer II 595,90, Querenburg 211,50, Riemke 300,80, Werne b. Langend. 817,90, Wittmar II 210,30, 221.

Bezirk Mülheim: Datteln 701,-, Dreher 227,-, Düren 38,50, Faltern 72,-, Henrichenburg 62,50, Hochlar 99,50, Hochmarmal 216,10, Hüls 159,50, Medlinghausen 800,40, Medlinghausen II 296,10, Medlinghausen-Süd II 178,50, Ober 125,50, Sinderich 172,70, Sinen 129,50, Steinernes Kreuz-Dreher 29,50, Studenbüch 22,10, Scherleben 105,80, Weierholz 380,70, Möllinghausen 99,70 M.

Bezirk Bottrop: Buer 827,50, Güldendorf 514,50, Büse 298,50, Brau 846,80, Bottrop I 355,80 (3,-), Bottrop II 86,50, Beckhausen 388,90, Erle I 233,50, Erle II 218,80, Eigen 794,80, Gladbeck I 592,10, Gladbeck II 483,90, Horst-Emscher 286,30, Herne-Dorsten 309,50, Hoesel 534,85, Meuse 182,10, Scholten 211,70 M.

## Deutsche Bergarbeiter-Versammlungen

Sonntag, den 21. September 1913:  
Königsstätte n. Umg. Nachmittag 3 Uhr, im großen Saale des Hotel "Graf Recke" in Königsstätte, Rottweilerstraße. — Beim Namen soll die Bergarbeiter von dem nationalpolnischen Schwabmädel befreien und sich erneut organisieren! Referent: Kameraden Heinrich Lößler, Bochum, und Otto Hünig, Bielefeld.

## Belegschafts-Versammlungen

Sonntag, den 21. September 1913:  
Grube Frankenholz, Nachmittag 3 Uhr, in Halle der Witwe Scherf in Dahlwörth. — Stellungnahme gegen die überaus rücksichtsvolle Arbeitgebergruppe. Referent: Dr. Hünig.

## Achtung! Kameraden Achtung!

Zum Kameraden empfehlen wir das am eingangsgezeigte Werk:

## Die Bergarbeiter von Otto Hünig

Bestellungen bitten wir uns durch die Ortsverwaltungen einzunehmen zu lassen. Labelnamen bestellern seidet wir das Werk bei direkter Bestellung mit per Postaufnahme.

## Der zweite Band erscheint Mitte September!

Um vielseitigen Anfragen zu begegnen, machen wir noch besonders darauf aufmerksam, daß die moralischen Anfragen von 50 Pf. für den ersten und zweiten Band auch jetzt noch zugelassen werden. Kameraden, welche das zweite Werk zu erwirken wünschen, wollen sich an die Ortsverwaltungen unseres Verbandes wenden, deren Karton und Marken zur Vergütung liegen.

Kameraden, welche den zweiten Band bereits bezahlt und die Zahlstelle gewechselt haben, wollen uns ihre neue Adresse angeben, damit wir ihnen das Buch zusenden können.

H. Hansmann & Co. in Bochum, Wiemelhäuser Straße

Am besten zu bestellen beim nächstgelegenen Postamt.

Preis ins Stück pro Vierteljahr 2,22 M.

Postamt abgeholt 2,50 M.

Kameraden, unterstützt auch in der Ferne einer selbstgegründeten Kampfsorganisation.

H. Hansmann & Co. in Bochum, Wiemelhäuser Straße

Am besten zu bestellen beim nächstgelegenen Postamt.

Preis ins Stück pro Vierteljahr 2,22 M.

Postamt abgeholt 2,50 M.

Kameraden, unterstützt auch in der Ferne einer selbstgegründeten Kampfsorganisation.

H. Hansmann & Co. in Bochum, Wiemelhäuser Straße

Am besten zu bestellen beim nächstgelegenen Postamt.

Preis ins Stück pro Vierteljahr 2,22 M.

Postamt abgeholt 2,50 M.

Kameraden, unterstützt auch in der Ferne einer selbstgegründeten Kampfsorganisation.

H. Hansmann & Co. in Bochum, Wiemelhäuser Straße

Am besten zu bestellen beim nächstgelegenen Postamt.

Preis ins Stück pro Vierteljahr 2,22 M.

Postamt abgeholt 2,50 M.

Kameraden, unterstützt auch in der Ferne einer selbstgegründeten Kampfsorganisation.

H. Hansmann & Co. in Bochum, Wiemelhäuser Straße

Am besten zu bestellen beim nächstgelegenen Postamt.

Preis ins Stück pro Vierteljahr 2,22 M.

Postamt abgeholt 2,50 M.

Kameraden, unterstützt auch in der Ferne einer selbstgegründeten Kampfsorganisation.

H. Hansmann & Co. in Bochum, Wiemelhäuser Straße

Am besten zu bestellen beim nächstgelegenen Postamt.

Preis ins Stück pro Vierteljahr 2,22 M.

Postamt abgeholt 2,50 M.

Kameraden, unterstützt auch in der Ferne einer selbstgegründeten Kampfsorganisation.

H. Hansmann & Co. in Bochum, Wiemelhäuser Straße

Am besten zu bestellen beim nächstgelegenen Postamt.

Preis ins Stück pro Vierteljahr 2,22 M.

Postamt abgeholt 2,50 M.

Kameraden, unterstützt auch in der Ferne einer selbstgegründeten Kampfsorganisation.

H. Hansmann & Co. in Bochum, Wiemelhäuser Straße

Am besten zu bestellen beim nächstgelegenen Postamt.

Preis ins Stück pro Vierteljahr 2,22 M.

Postamt abgeholt 2,50 M.

Kameraden, unterstützt auch in der Ferne einer selbstgegründeten Kampfsorganisation.

H. Hansmann & Co. in Bochum, Wiemelhäuser Straße

Am besten zu bestellen beim nächstgelegenen Postamt.

Preis ins Stück pro Vierteljahr 2,22 M.

Postamt abgeholt 2,50 M.

Kameraden, unterstützt auch in der Ferne einer selbstgegründeten Kampfsorganisation.

H. Hansmann & Co. in Bochum, Wiemelhäuser Straße

Am besten zu bestellen beim nächstgelegenen Postamt.

Preis ins Stück pro Vierteljahr 2,22 M.

Postamt abgeholt 2,50 M.

Kameraden, unterstützt auch in der Ferne einer selbstgegründeten Kampfsorganisation.

H. Hansmann & Co. in Bochum, Wiemelhäuser Straße

Am besten zu bestellen beim nächstgelegenen Postamt.

Preis ins Stück pro Vierteljahr 2,22 M.

Postamt abgeholt 2,50 M.

Kameraden, unterstützt auch in der Ferne einer selbstgegründeten Kampfsorganisation.

H. Hansmann & Co. in Bochum, Wiemelhäuser Straße

Am besten zu bestellen beim nächstgelegenen Postamt.

Preis ins Stück pro Vierteljahr 2,22 M.

Postamt abgeholt 2,50 M.

Kameraden, unterstützt auch in der Ferne einer selbstgegründeten Kampfsorganisation.

H. Hansmann & Co. in Bochum, Wiemelhäuser Straße

Am besten zu bestellen beim nächstgelegenen Postamt.

Preis ins Stück pro Vierteljahr 2,22 M.

Postamt abgeholt 2,50 M.

Kameraden, unterstützt auch in der Ferne einer selbstgegründeten Kampfsorganisation.

H. Hansmann & Co. in Bochum, Wiemelhäuser Straße

Am besten zu bestellen beim nächstgelegenen Postamt.

Preis ins Stück pro Vierteljahr 2,22 M.

Postamt abgeholt 2,50 M.